Schriften der historischen Gesellschaft zu Berlin
Herausgegeben von Dietrich Schäfer
Heft 2

Bismarcks Sturz

von

a. o. Professor Dr. Paul Haake
Privatdozent an der Universität Berlin



Berlin
Weidmannsche Buchhandlung
1922



Schriften der historischen Gesellschaft zu Berlin
Herausgegeben von Dietrich Schäfer
Heft 2

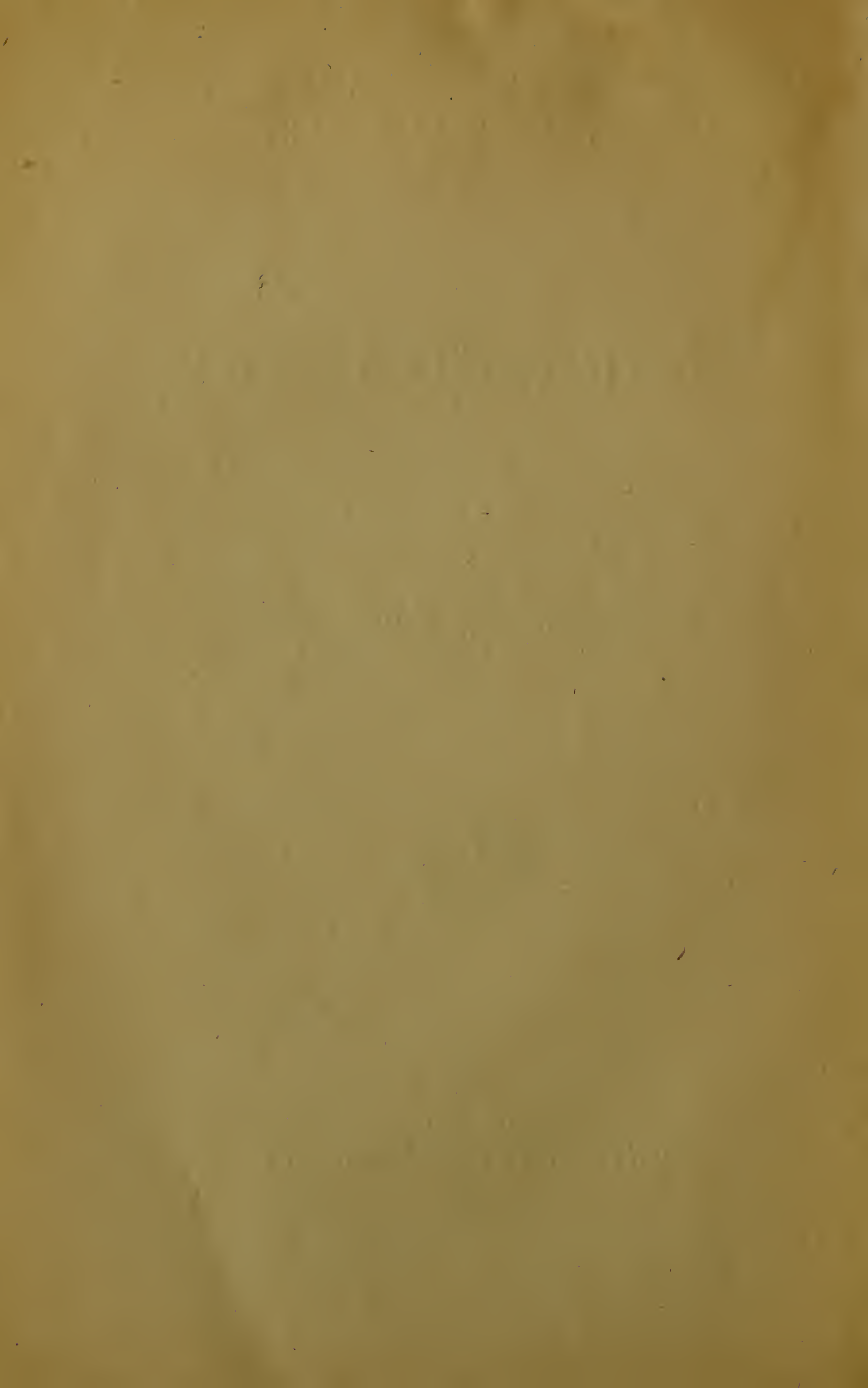
Bismarcks Sturz

von

a. o. Professor Dr. Paul Haake
Privatdozent an der Universität Berlin



Berlin
Weidmannsche Buchhandlung
1922



Wie kam es zu der Entlassung des großen deutschen Staatsmannes, der nach seinem Sturze, leider völlig zutreffend, prophezeite: „Zwanzig Jahre nach Friedrich des Großen Tode kam Jena, und zwanzig Jahre nach meinem Ableben wird Deutschland zusammenbrechen, wenn so weiter regiert wird"?

Eine Fülle mehr oder minder wertvollen Materials ist seit der Revolution aus dem Dunkel der Archive ans Licht getreten: die Aufzeichnungen des Ministers v. Boetticher, Erläuterungen dazu aus der Feder des Chefs der Reichskanzlei, v. Rottenburg[1]), Bismarck-Erinnerungen des Freiherrn Lucius v. Ballhausen, Berichte des österreichischen[2]), des bayerischen[3]), des sächsischen[4]) Gesandten am Berliner Hofe, Briefe Kaiser Wilhelms II. an den Habsburger Franz Joseph[5]), der Schlußband der Gedanken und Erinnerungen Bismarcks selbst, — der Frankfurter Privatdozent Dr. Wilhelm Schüßler hat auf Grund dieser neu erschlossenen Quellen oder vielmehr zunächst nur ihres größeren Teils das Drama Akt für Akt

---

[1]) Fürst Bismarcks Entlassung. Nach den Aufzeichnungen des Staatsministers Dr. Karl Heinrich v. Boetticher und des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Johannes v. Rottenburg, herausgegeben von Professor Dr. Georg Freiherr v. Eppstein. Berlin 1920.

[2]) Bismarcks Sturz nach neuen Quellen von Hofrat Professor Eduard v. Wertheimer (Preußische Jahrbücher 181. Band 1921 S. 300—336).

[3]) Die Entlassung nach den bayerischen Gesandtschaftsberichten von Karl Alexander v. Müller in der Bismarcknummer der Süddeutschen Monatshefte, Dezember 1921 S. 138—178.

[4]) Aus kritischen Tagen. Berichte des Königlich sächsischen Gesandten in Berlin, Grafen Hohenthal und Bergen aus den Jahren 1889—1890, herausgegeben von Hubert Richter (Deutsche Rundschau, Februarheft 1922 S. 151—172).

[5]) Briefe Kaiser Franz Josephs I. und Kaiser Wilhelms II. über Bismarcks Rücktritt, herausgegeben von Dr. Hanns Schlitter (Österreichische Rundschau, 1. Februar 1919 S. 97—110).

zu schildern unternommen[1]), fein nachempfindend, fest zupackend, hier und da wohl etwas zu weit gehend im subjektiven Ausdeuten, auch in der Form, im Stil nicht immer nach eines jeden Lesers Geschmack, — der öfters wiederkehrende Vergleich mit Wallenstein weckt recht störende Nebengedanken. Vor kurzem ist nun auch die erste Serie der großen Publikation des Auswärtigen Amtes über Deutschlands Außenpolitik seit 1871 erschienen[2]); das Schlußkapitel des 6. Bandes, 76 Seiten umfassend, betitelt sich „Kaiser Wilhelm II., Bismarck und die auswärtige Politik 1888 bis 1890"; es bringt wie die voraufgehenden dem Forscher hocherwünschte Ergänzungen zu dem politischen Testament des Altreichskanzlers und drängt förmlich dazu, uns noch einmal die Frage nach den äußeren Anlässen und den letzten Gründen des Sturzes Bismarcks vorzulegen und eine von Sym- und Antipathieen möglichst ungetrübte Antwort darauf zu suchen. War es eine Notwendigkeit, daß sich der junge Kaiser von dem „Vergötterten" trennte? Weitschauende Fürsorge für den, wie er immer wieder behauptete, schwerkranken „teuren" Fürsten, den er dem Vaterlande erhalten wollte, oder momentane Zornesaufwallung über den „alten Trotzkopf"? Allzu hartnäckiger Eigensinn eines ehrgeizigen an der Macht klebenden Titanen oder berechtigte Opposition eines sorgenvollen Patrioten, eines auf reiche Erfahrungen zurückblickenden Genius gegen gefährliche Kurswechsel eines das Wohl des Ganzen aufs Spiel setzenden Ideologen und Dilettanten? Eine Antwort darauf zu finden, die der Zustimmung der Einsichtigen gewiß sein darf, ist auch heute noch schwer, aber doch wesentlich leichter als vor anderthalb Jahrzehnten, als Gottlob Egelhaaf 1908 den Stand des Problems in seiner Broschüre „Bismarcks Sturz" beleuchtete, und sie zu suchen, wird für den Historiker immer eine der

[1]) Wilhelm Schüßler, Bismarcks Sturz, Leipzig 1921. Siehe dazu Erich Marcks, Die Stimme Bismarcks (Velhagen & Klasings Monatshefte, Dezember 1921 S. 440—447.

[2]) Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amts im Auftrage des Auswärtigen Amts herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme, Berlin 1922, 6. Band Kriegsgefahr in Ost und West. Ausklang der Bismarckzeit. Herr Bibliothekdirektor Dr. Thimme war so gütig, mir die Korrekturbogen dieses 6. Bandes schon im März zur Einsichtnahme freundlichst zur Verfügung zu stellen. Ich sage ihm dafür auch an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank. Die Aktenstücke sind durch die Bände hindurch fortlaufend numeriert; ich zitiere sie daher unter dieser Nummer (A. A. Nr. . . . .).

reizvollsten Aufgaben bleiben. Die analysierende wissenschaftliche Forschung hat auch hier bereits die Fäden entwirrt und das Ganze in Einzelprobleme zerlegt. Folgen wir ihr, gleichfalls sachlich gliedernd, und fassen wir kurz zusammen, was sich aus dem nun uns allen zugänglichen Material über den vielumstrittenen Staatsstreichplan Bismarcks, über seine Meinungsverschiedenheiten mit dem Kaiser auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und auf dem der auswärtigen Politik sowie über den Machtkampf der beiden Männer ergibt! Daß der Erörterung der auswärtigen Politik dabei der breiteste Raum gewährt wird, erklärt sich aus der Fülle der hier besonders reich strömenden neuen Quellen, wird aber hoffentlich auch mit ihrer Bedeutung für das Problem überhaupt freundlichst entschuldigt werden.

Staatsstreichplan?

Sogleich nach dem Erscheinen der Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst im Jahre 1906 hat Hans Delbrück die These aufgestellt und mit zäher Energie bis heute verfochten: Bismarcks Plan ging im Winter 1889/90 dahin, das Sozialistengesetz künstlich zu Fall zu bringen, die Roten dadurch übermütig zu machen und zur Unbesonnenheit zu reizen, dann nach den Neuwahlen durch Einbringung einer großen Militärvorlage Revolten und Straßenkämpfe in Berlin hervorzurufen, diese mit eiserner Faust niederzuschlagen, den Reichstag aufzulösen, eine Proklamation des Kaisers und der deutschen Fürsten folgen zu lassen, daß das Reich so nicht bestehen könne, eine Revision des Wahlrechts vorzunehmen, die geheime Abstimmung durch die öffentliche zu ersetzen und die Sozialdemokraten ihres aktiven und passiven Wahlrechts verlustig zu erklären [1]). Noch im April 1920 verkündete Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern: Der Grund der Trennung des Kaisers vom Kanzler lag nicht, wie Bismarck das immer zu insinuieren bemüht war, in der auswärtigen und in der Sozialpolitik,

---

[1]) Preußische Jahrbücher 147. Band (Bismarcks letzte politische Idee S. 1—12), Band 153 S. 121, Band 180 (Kaiser und Kanzler S. 43 ff.), Regierung und Volkswille (1. Auflage S. 61, 2. Auflage S. 45 ff.), Bismarcks Erbe (S. 114—136); hier besonders die Auseinandersetzung mit Friedrich Thimme auf Seite 128—136.

sondern in ihrer verschiedenen Stellung zum Reichstag; Bismarck wollte, nachdem sein Versuch, sich mit Windthorst zu einigen, erfolglos geblieben war, den Reichstag, mit dem er nicht mehr zu regieren vermochte, „sprengen", er wollte jetzt den schon seit langem von ihm ins Auge gefaßten Staatsstreich, wollte die Sozialdemokraten aus dem Käfig einmal herauslassen, damit der Bürger verspüre, wie notwendig es sei, sie eingesperrt zu halten; alsdann sollte kräftig zugeschlagen werden. Der Kaiser wollte diesen Kampf und diese Politik nicht. Hierüber gab es keinen Ausgleich und konnte es keinen geben. „Heil uns," rief Delbrück 1912 aufatmend aus, „daß wir vor dieser Fahrt in den Abgrund bewahrt geblieben sind! Denn Gewalt ruft immer wieder Gewalt hervor, und das Reich wäre in unabsehbare Wirren gestürzt worden, jede gesunde Wirtschafts- und Sozialpolitik, jede Finanzreform, die Armeereform, die Schaffung der Flotte unmöglich gewesen."

Delbrück stützt seine These u. a. auf Bismarcks Äußerung zu dem konservativen Abgeordneten v. Helldorff: „Ich will die letzten Jahre meines Lebens daransetzen, den schwersten Fehler wieder gutzumachen, den ich begangen," — gemeint war damit die Einführung des allgemeinen Wahlrechts —, Delbrücks Kronzeuge aber ist der Kaiser, seine Hauptquelle Wilhelms II. Gespräch mit dem Fürsten Hohenlohe am frühen Morgen des 24. April 1890 auf der Fahrt zur Auerhahnbalz und sein Bericht vom 3. d. M. an Kaiser Franz Joseph über die Entlassung des Reichskanzlers. Es ist nun eine bewiesene Tatsache, daß Bismarck seit dem Ausgang der 70er Jahre an die Umbildung des Reichstagswahlrechts immer und immer wieder gedacht hat; der nationale Gedanke, das Bewußtsein der Pflicht, die schwer erkämpfte Einheit zu sichern und das 1871 errichtete Haus weiter auszubauen, entfaltete ihm in dem Volksparlament, auf das er bei der Gründung des Reiches so große Hoffnungen gesetzt hatte, keine genügende Leuchtkraft; die Wurzel allen Übels erblickte er in dem Marasmus der Fraktionskrankheit, in der Vorherrschaft des Parteipartikuralismus, und in der Urteilslosigkeit der Massen und sah den schlichten Mann, den Urwähler, betört von verlogenen Agitatoren wie Hödur von Loki, schon am Werke, das eigene Vaterland zu zerschlagen. Richard Augst hat 1917 in einem ansprechenden Büchlein „Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht" die seit dem August 1878, seit Bismarcks im 1. Bande der Gedanken und Erinnerungen ab-

gedruckten Briefe an den Bayernkönig nicht aufhörenden Klagen des Kanzlers über das selbstsüchtige deutsche Parlament, über die Reichsbude, die man vielleicht schließlich überhaupt zumachen müsse, aneinander gereiht; wir werden da erinnert an das Wort vom Nürnberger Spielzeug, mit dem die Deutschen nichts anzufangen wüßten, an den Vergleich der deutschen Verfassung mit dem Glück von Edenhall, an die 1883 von Bismarck vorgetragene Theorie, daß die regierenden Herren und freien Städte den Vertrag vom 18. Januar 1871 auch wieder lösen und einen neuen abschließen könnten, der sich von dem früheren wesentlich unterscheiden möge und beispielsweise das Institut eines deutschen Reichstages nicht zu kennen brauche; wir stoßen auf Bismarcks Ausspruch vom 9. Dezember 1885 dem Freiherrn v. Mittnacht gegenüber: müsse er einmal für die Monarchie fürchten, so werde er kalten Blutes die Lunte ans Faß legen, auf seine Drohungen zur Zeit des Kampfes ums Septennat, auf seine Erklärung gelegentlich der Polendebatte im preußischen Abgeordnetenhause am 28. Januar 1886: „Wer nicht mitarbeiten will an dem Staat zu seinem Schutz, der gehört nicht zum Staat, der hat keine Rechte an den Staat; er soll weichen aus dem Staat", was Bismarck 1892 im Gespräch mit dem Leipziger Rektor Kämmel auf die Sozialdemokratie bezog in der bildhaften Variante: „Wer nicht will mitdeichen, muß weichen". Schon im August 1878 hatte er ja an Tiedemann geschrieben, den gesetzlich nachweislichen Anhängern der roten Internationale das Wahlrecht und die Wählbarkeit und den Genuß der Privilegien der Reichstagsmitglieder zu lassen, sei auf die Dauer unmöglich; ähnlich äußerte er sich im Dezember 1889 zu Hohenlohe und nach seiner Entlassung zu verschiedenen Deutschen und Ausländern, zu Hermann Hofmann, dem Redakteur der „Hamburger Nachrichten", in dem Sinne, je eher der Kampf mit der Sozialdemokratie aufgenommen werde, desto größer seien die Chancen eines baldigen und nicht zu teuer erkauften Sieges; denn — so schloß er Kämmel gegenüber — die sozialdemokratische Frage ist eine militärische. Sicherlich nicht ohne sein Wissen, vielleicht sogar auf seine Veranlassung, erklärte am 5. Dezember 1883 der Vizepräsident des Staatsministeriums, v. Puttkamer, bei der Ablehnung eines freisinnigen Antrages auf Einführung der geheimen Abstimmung in Preußen, daß die Regierung sogar ihre Abschaffung für die Reichstagswahlen in Erwägung ziehe, und er wies Virchows Folgerung, daß also auch

Bismarck damit einverstanden sei, nicht zurück; immer wieder ist dann der gestürzte Kanzler aus Gründen der Sittlichkeit, der Gerechtigkeit und der politischen Zweckmäßigkeit für öffentliche Stimmenabgabe eingetreten, hat sich entschuldigen zu müssen geglaubt, daß er bei der Entwerfung der Reichsverfassung in diesem Punkt zu nachgiebig gewesen sei, und hat erklärt, nicht zu bezweifeln, daß das deutsche Volk, sobald es einsehe, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon frei zu machen. „Kann es das nicht, so ist meine Redensart, daß es reiten könne, wenn es erst im Sattel säße, ein Irrtum gewesen."

Der Gedanke einer Einschränkung des Reichstagswahlrechts hat also Bismarck in seinen letzten 20 Lebensjahren immer und immer wieder, je näher ihm die Gefahr im Anzuge schien, um so stärker beschäftigt, auch in den Monaten unmittelbar vor der Entlassung; seine Bemerkung zu Hohenlohe am 15. Dezember 1889, den Sozialdemokraten müsse man das Wahlrecht nehmen, denn diese Feinde könnten nicht mitberaten, seine Äußerung zu dem sächsischen Gesandten Grafen Hohenthal am 30. Januar 1890, die soziale Frage sei nicht mit Rosenwasser zu lösen, hierzu gehöre Blut und Eisen, das Rechnen mit etwaigen Kämpfen gegen sozialistische Bewegungen und mit wiederholten Reichstagsauflösungen in der Audienz des 8. Februar, sein nach den Neuwahlen dem Kaiser am 25. d. M. entwickeltes No surrender-Programm sind beredte Zeugnisse dafür, daß er eine Änderung dieses Grundgesetzes, wie er meinte zum Wohle des Reiches, unter Wahrung zum mindesten des Scheins der Legalität, schlimmstenfalls auch mit Anwendung von Gewalt gegen unbotmäßige Elemente nicht scheute. Aber von einem festen, bereits 1889 zielbewußt verfolgten Staatsstreichplan zu reden und den Sturz Bismarcks letzthin auf ihn zurückzuführen, das geht zu weit; aus der logischen Konkludenz der Tatsachen ergibt sich nicht immer zugleich der wirkliche kausale Zusammenhang.

Zunächst reichen die bisher ans Licht getretenen Zeugnisse nicht aus zu einem Beweis für Bismarcks Absicht, das Sozialistengesetz zu Fall zu bringen und dadurch die Arbeiter zu Exzessen anzustacheln; der im Oktober 1889 dem Reichstag vorgelegte, gegen das bisherige Gesetz wesentlich gemilderte, dafür nun aber auf die Dauer berechnete Entwurf der Regierung macht, worauf Friedrich Thimme im April 1915 in den Süddeutschen Monatsheften gegen

Delbrück polemisierend hingewiesen hat[1]), eine provokatorische Tendenz Bismarcks ganz unglaubhaft; als dann in der Kommission der § 24, die Befugnis der Regierung, sozialdemokratische Agitatoren auszuweisen, gestrichen wurde, hätte der Reichskanzler den Führer der Konservativen, v. Helldorff, schwerlich zu sich entboten, wenn ihm an einem positiven Ausgang nichts gelegen gewesen, das Gesetz ohne den § 24 unannehmbar erschienen wäre, — sagte er doch auch nach Hohenthals Bericht vom 27. November zu Helldorff, daß er die Aufrechterhaltung des Kartells für wichtiger halte als das ganze Sozialistengesetz, d. h. doch, daß er den Konservativen empfehle, den nationalliberalen Vorschlag einer zeitlich begrenzten Ausweisungsbefugnis zu akzeptieren. Ähnlich hatte er sich am 23. November zum Freiherrn v. Mittnacht geäußert[2]); wurde der Entwurf mit der Änderung angenommen, daß die Ausweisung nur auf einige Jahre genehmigt würde, so beabsichtige er nicht, daraus eine Frage für den Wähler zu machen. Das aber auch vom Regierungstische aus vor der Beschlußfassung des Reichstages feierlich zu erklären, lehnte er ab. Hans Rothfels hat im 123. Bande der historischen Zeitschrift[3]) auf Grund der dem Eppsteinschen Buche, den Boetticherschen und Rottenburgschen Memoiren beigegebenen Akten überzeugend nachgewiesen, daß dies eine prinzipielle Weigerung war, daß Bismarck durch ein Kapitulieren vor Kommissionsbeschlüssen und vor dem in die dritte Lesung noch nicht eingetretenen Plenum den Bundesrat nicht degradieren, seine Gleichberechtigung mit dem Reichstag als Faktor der Gesetzgebung nicht beeinträchtigen wollte, und daß er der Regierung die Möglichkeit offenzuhalten wünschte, einen Verschärfungsentwurf vorzulegen. Dies sollte nach Bismarcks Randbemerkungen zu v. Boettichers Schreiben vom 17. Januar keineswegs Schlag auf Schlag sogleich nach den Neuwahlen geschehen, sondern „im nächsten Jahre oder später"[4]); auf den Fall des Sozialistengesetzes

[1]) Der Fall des Sozialistengesetzes und Bismarcks „Staatsstreichplan", mit einem ungedruckten Briefe Bismarcks an Wilhelm von Kardorff.

[2]) Frh. v. Mittnacht Erinnerungen an Bismarck. Neue Folge (1877 bis 1889) S. 57.

[3]) Zur Bismarckkrise von 1890 (H. Z. 123. Band S. 267—296).

[4]) Eppstein S. 126. — Als Bismarck am 20. März 1890 mit dem Grafen Lerchenfeld über die Ursachen seiner Entlassung sprach, sagte er, S. M. habe mit ihm vereinbart, daß er zunächst mit der Niederlegung seiner preußischen Ämter beginne und zwar am Tage der Wahlen; der Kaiser wünschte aber, daß

und eine Provokation der revolutionär Gesinnten hingearbeitet hat er also, als die Entscheidung herannahte, nicht; Helldorff muß ihn in den beiden Unterredungen am 25. November in Friedrichsruh und am Abend des 24. Januar in Berlin mißverstanden oder absichtlich Falsches darüber berichtet haben.

Lucius v. Ballhausen schrieb — wir verdanken die Kenntnis dieses Briefes Hans Rothfels — Ende Februar 1900 an den Chef des Zivilkabinetts, Lucanus, Bismarck würde den verbündeten Regierungen das Sozialistengesetz auch ohne den Ausweisungsparagraphen zur Annahme empfohlen haben, wenn es so aus der dritten Lesung hervorgegangen wäre; als dann aber Lucanus am 1. März antwortete, Bismarck habe am 24. Januar 1890 in der Besprechung unter vier Augen dem Kaiser erklärt: „Ich

---

er noch die große damals geplante Militärvorlage im Reichstag vertreten solle; zugleich habe S. M. die Einbringung eines verschärften Sozialistengesetzes verlangt. Letzteres ist nicht richtig. Bismarck forderte sie vielmehr am 25. Februar vom Kaiser und erreichte nur eine laue Zustimmung für ein paar Tage. Die Niederlegung der preußischen Ämter und die große Militärvorlage wurden in der Unterredung des 8. Februar besprochen. Vier Tage später — nach dem Sinneswechsel des Fürsten, der erst im Mai oder Juni gehen wollte, — sagte der Kaiser zu ihm: da bleibt also bis auf weiteres alles beim alten. Ebensowenig ist richtig, was Bismarck dem Grafen Lerchenfeld am 20. März 1890 über ein „Verlangen" des Kaisers nach einem verschärften Sozialistengesetz erzählte: Letzteres Verlangen, das er vollkommen gebilligt habe, sei für ihn der Grund der Ablehnung des durch den Reichstag abgeschwächten Sozialistengesetzes gewesen; man hätte doch nicht vernünftigerweise daran denken können, die Reichstagsbeschlüsse anzunehmen, wenn man ernstlich der Absicht war, kurze Zeit später mit einer Verschärfung des früheren Gesetzes hervorzutreten. Noch am 17. Januar nahm Bismarck eine solche frühestens für 1891 in Aussicht, und eine Ablehnung des durch den Reichstag abgeschwächten Sozialistengesetzes wollte am 24. Januar weder der Kanzler noch der Kaiser; von Bismarck hatte es Lerchenfeld jedoch angenommen und am 20. Januar nach München berichtet, er scheine sich noch immer mit dem Gedanken zu tragen, das Nichtzustandekommen des Gesetzes politisch auszunützen (Süddeutsche Monatshefte Dezember 1921 S. 141 und 144). Am 20. März kam es Bismarck darauf an zu zeigen, daß ihm Unrecht geschehen sei, daß sein kaiserlicher Herr sich in Widerspruch mit sich selbst gesetzt habe; in begreiflicher Erregung stellte er die beiden falschen Behauptungen auf, der Kaiser sei schon im Januar für ein scharfes Vorgehen gegen die Sozialdemokratie gewesen und er, Bismarck, habe deshalb das vom Reichstag abgeschwächte Sozialistengesetz verworfen. Seine dem bayrischen Grafen gegebene Darstellung ist ein psychologisch interessantes Seitenstück zu dem bunten chronologischen Chaos in dem Briefe des Kaisers an Franz Joseph vom 3. April 1890.

will das Sozialistengesetz zu Falle bringen, weil ich ein schärferes haben will," strich Lucius die ursprüngliche Fassung seiner Tagebucheintragung über Bismarcks Votum in dem voraufgegangenen Ministerrat: „Man könne zwar schließlich vielleicht ein abgeschwächtes Gesetz annehmen, man dürfe aber nicht durch Erklärungen im Reichstag das Zustandekommen ohne diesen Paragraphen erleichtern"; Lucius änderte dies im Sinne des Kaisers so, wie wir es nun in seinen Bismarck-Erinnerungen lesen: „Sollte im Kronrat das Sozialistengesetz zur Sprache kommen, so dürfte man sich nicht für Annahme desselben ohne den Ausweisungsparagraphen erklären. Man dürfe auch nicht durch Erklärungen im Reichstag das Zustandekommen ohne diesen Paragraphen erleichtern." Die Behauptung des Kaisers, auf dessen Einfluß also auch die endgültige Formulierung des Luciusschen Protokolls zurückgeht, steht somit gegen Bismarcks Aussagen in den Akten, — müssen, dürfen wir die letzteren mit Delbrück einfach verwerfen? Ich wage es so wenig wie Hans Rothfels und Wilhelm Schüßler trotz der dunklen Drohung Bismarcks am 20. November 1889: „Falls der nächste Reichstag in seiner Mehrheit der Notwehr gegen sozialdemokratische Bestrebungen nicht zu bedürfen glaubt, so knüpfen sich an diese Eventualität ernstere Fragen, über die ich mich heute nicht schriftlich äußern will." Ich glaube, daß die seelische Verfassung des seit Wochen und Monaten über Bismarcks aktive und passive Resistenz empörten Kaisers keine einer klaren vollen Erfassung der Ziele des Kanzlers günstige war und noch weniger Lucanus um die Jahrhundertwende ein Zeuge, der unbegrenztes Vertrauen verdient; was uns Tirpitz von seinem letzten Besuch bei Bismarck im Gefolge Wilhelms II. erzählt hat, mahnt zur Vorsicht. Unzweifelhaft sind des Kaisers Rückblicke im April 1890 durch temperamentvolle Aufwallung getrübte Quellen; was er Hohenlohe auf der Fahrt zum Balzplatz mitteilte und was er an Franz Joseph schrieb, ist zum mindesten ein wirres chronologisches Durcheinander; man wird dabei unwillkürlich mißtrauisch, ob nicht Aussprüche der letzten Tage und Wochen in frühere Zeiten verlegt worden sind. Im Dezember — so erzählte der Kaiser Hohenlohe, — habe die Verstimmung begonnen; er habe verlangt, daß etwas in der Arbeiterfrage geschehe, Bismarck seinerseits abgelehnt, dagegen das Sozialistengesetz mit dem Ausweisungsparagraphen dem neuen Reichstag wieder vorlegen, diesen, wenn er es nicht annehme, auflösen und dann, wenn es zu Aufständen käme,

energisch einschreiten wollen, — in Wirklichkeit haben sich beide Männer seit dem Zarenbesuch von Mitte Oktober bis zum 24. Januar überhaupt nicht gesehen[1]), und erwiesen ist für jene Zeit bisher nur Bismarcks Bereitwilligkeit um den 20. November herum, wenn der Reichstag die Regierungsvorlage verwerfe, ihn unter Umständen noch im letzten Moment aufzulösen und aus etwaigem Widerstand auch des neuen die nötigen, augenblicklich noch nicht diskutierbaren oder schriftlich fixierbaren Konsequenzen zu ziehen[2]). Im Mai 1889 waren Kaiser und Kanzler bei der Diskussion über den westfälischen Kohlenarbeiterstreik scharf aneinander geraten, womit Wilhelm II. in dem Briefe an Franz Joseph seinen zusammenfassenden Rückblick nicht zu Unrecht beginnt; daß Bismarcks Haltung dort teils falsch teils unvollständig wiedergegeben ist, darauf hat schon Hans Rothfels hingewiesen; nach Lucius v. Ballhausen empfahl Bismarck keine vorschnelle Proklamierung des Belagerungszustandes: „Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten die schweren Nachteile und die Schädigung fühlen, die aus einer Verlängerung des Streiks folge; die Mora müsse bis auf die Knochen brennen" (S. 498/9); dem Empfang der Arbeiterdeputation, den Bismarck nach des Kaisers Angaben mißbilligte, ist er nicht entgegen gewesen, sondern hat ihn sogar befürwortet. Flinten und Kanonen auf das räuberische Gesindel zu richten, scheute sich Bismarck im Notfall nicht, auch nicht nach dem Ende des Sozialistengesetzes auf übermütig werdende Heißsporne feuern zu lassen, — der Reichskanzler, so erzählte im Januar 1890 der aus Berlin nach Petersburg zurückgekehrte General v. Schweinitz dem österreichischen Botschafter am russischen Hofe[3]), spricht jetzt viel von der eventuellen Notwendigkeit der schärfsten Abwehr, von energischer Repression der revolutionären Macht, von Blut und Eisen, aber es seinerseits zu solchen Renkontres zu treiben, um auf diese Weise den gordischen Knoten des allgemeinen Wahlrechts baldigst zerhauen zu können, lag ihm meines Erachtens im Winter 1889/90 fern; zwischen Vorbeugen und Provozieren, bemerkte er später doch

---

1) Vielleicht hat Hohenlohe die Erzählung des Kaisers nicht ganz korrekt wiedergegeben. In dem Briefe an Franz Joseph vom 3. April 1890 sagt Wilhelm II. von einem Gespräch mit Bismarck im Dezember nichts. Jedenfalls irrte Richard Augst a. a. O. S. 135 mit der Annahme einer solchen Unterhaltung zwischen Kaiser und Kanzler auf Grund der Denkwürdigkeiten Hohenlohes.

2) Historische Zeitschrift 123. Band S. 283.

3) Bericht des Grafen Wolkenstein Petersburg 11. Januar 1890 (Preußische Jahrbücher 184. Band S. 311 Anmerkung 53).

wohl mit glücklicher Rechtfertigung, sei ein großer Unterschied. Am 24. Januar erwiderte er dem Kaiser, bleibe das Gesetz unerledigt, so müsse man sich ohne dasselbe behelfen und die Wogen höher gehen lassen, dann möge es zu einem Zusammenstoß kommen; daß das sein Plan, das heiß erstrebte Ziel seiner schon geraume Zeit auf einen Staatsstreich hinarbeitenden Politik war, kann nur annehmen, wer Lucanus mehr Glauben schenkt als Bismarck und Lucius; das Schießen auf die Arbeiter hat jedenfalls am 24. Januar zuerst der Kaiser zur Debatte gestellt, der schon drei Tage vorher für seine Eröffnungsansprache den Satz niederschrieb[1]): „Es wäre in jeder Hinsicht beklagenswert, wenn ich den Anfang meiner Regierung mit dem Blut meiner Untertanen färben müßte! Das so lange als möglich zu verhüten, ist mein sehnlichster Wunsch." Solche Gefühlspolitik lag Bismarck nun nicht, am 8. Februar nicht, als er einen Haudegen für den preußischen Ministerpräsidentenposten und einen klugen und mutigen Mann wie den Freiherrn v. Marschall als Nachfolger des Justizministers v. Schelling empfahl[2]), vollends nicht nach dem schlechten Ausfall der Wahlen am 20. dieses Monats; fünf Tage später entwickelte er dem Herrscher sein Kampfprogramm mit der Parole No surrender; in dem verschärften Sozialistengesetz, das er dem neuen Reichstage vorzulegen riet, beantragte er statt Ausweisung Expatriierung. Aber auch jetzt noch, wo man seine Hand schon fast zum Schwert greifen zu sehen glaubt, bleibt sein Auge nicht starr auf einen Punkt, auf Repressionsmaßregeln gerichtet; in dem Konzept des neuen Sozialistengesetzentwurfes streicht er am 4. März die Verschärfung wieder[3]); als der Kaiser, von Helldorff beschworen, um der Einigkeit der drei Kartellparteien willen von seiner Vertagung abzusehen, in diesem Sinn mit dem Kanzler spricht, gibt er, ohne mit der Wimper zu zucken, nach und äußert kein Wort mehr über den vom Monarchen geäußerten Plan, „alle Kräfte zu einer ungeheuren Gewaltpolitik gegen das eigene Volk zusammenzuballen".

Hat er ihn nun im Februar und März wirklich gehabt? Wollte er noch nach dem 4. März den Staatsstreich? Ist er darüber

---

[1]) Eppstein S. 155. Ähnlich äußerte sich der Kaiser am 31. Januar zum Grafen Hohenthal (Deutsche Rundschau 1922 S. 159).

[2]) Süddeutsche Monatshefte 1921 S. 164.

[3]) Historische Zeitschrift 823. Band S. 214. Das von Hans Rothfels irrtümlich angegebene Datum des 26. Februar ist von Wilhelm Schüßler berichtigt worden.

gestürzt? Brachte ihn das Parlament zu Fall, wie Delbrück behauptet? Wilhelm II. berichtete dem Habsburgerkaiser am 3. April: „Der Fürst bereitete im stillen und zum Entsetzen der Eingeweihten, trotz meiner gegenteiligen Befehle, eine Kampagne gegen den neuen Reichstag vor. Alle sollten geärgert und geprügelt werden. Erst die Kartellparteien abgetrumpft und dann die Sozialisten gereizt werden, bis der ganze Reichstag in die Luft flog, und S. M. nun doch gezwungen werden, nolens volens zu schießen!! ... Es muß im Lande eine solche völlige Verwirrung und ein solches Tohuwabohu herrschen, daß kein Mensch mehr weiß, wo der Kaiser mit seiner Politik hinaus will!"

Gerechnet hat Bismarck mit solchem Schlußeffekt wohl laut seiner Äußerung zum Grafen Hohenthal am 4. März: nach seiner Auffassung sei die Zeit nicht mehr fern, wo auch auf die Armee kein Verlaß mehr sei, und dann werde das Schicksal Deutschlands besiegelt sein; er, der Fürst, werde diesen Moment wahrscheinlich nicht mehr erleben, er werde aber bei seinem Tode das Bewußtsein haben, daß er alles getan habe, um Deutschland vor der Revolution zu retten[1]). Nach einem Bericht des Grafen Lerchenfeld erklärte Bismarck in der Staatsministerialsitzung am 2. März, der Ausfall der Wahlen habe ihn bestimmt, seine Demission zu vertagen, „er wolle diesem Reichstage noch einmal ins Auge sehen," und dem Kaiser habe er zwei Tage später erklärt, daß der drohenden sozialen Revolution je eher desto besser mit Waffengewalt begegnet werden müsse, und sein Programm kurz so entwickelt: Vorlage eines weitgehenden Militärgesetzes und eines verschärften Sozialistengesetzes, eventuell Auflösung des Reichstages und Oktroyierung eines neuen, auf einer Versammlung der deutschen Fürsten vereinbarten Wahlgesetzes. Mancher mag darin eine Bestätigung der Delbrückschen These finden, aber ich meine, das Wort „eventuell" gibt doch zu denken, die Annahme eines nunmehr feststehenden Planes einer Revolution von oben läßt es nicht zu; es gestattet nur die Interpretation, daß Bismarck die Dinge sich von selbst weiter entwickeln und an sich herankommen lassen, nicht sie hinlenken wollte zu einer Nichtigerklärung der Reichsverfassung um jeden Preis, auch um

[1]) Nach Lucius v. Ballhausen (S. 396) sagte Bismarck im Juli 1887 zur Kronprinzessin Viktoria, in Deutschland liege die Gefahr einer Republik noch weit; vielleicht würden sie unsere Kinder oder Enkel erleben, — aber nur dann, wenn die Monarchie sich selbst aufgebe.

den eines schweren Bürgerkrieges. Bismarck selbst hat das verbrecherische Streben, das Heraufbeschwören eines Konflikts 1892 Hermann Hofmann gegenüber entschieden in Abrede gestellt; man kann ihm das m. E. glauben, darf annehmen, daß er nur die Mittel für die Kämpfe, die ihm unausbleiblich erschienen, bereit stellen und den Kaiser dahin bringen wollte, nötigenfalls vom Leder zu ziehen[1]). Den Sozialdemokraten das Wahlrecht zu nehmen, hielt er aber doch wohl noch im März 1890 auch auf unzweifelhaft legalem Wege für nicht unmöglich. Die Verfassungsänderung war nach Rothfels nur „der letzte Pfeil in einem noch wohlgefüllten Köcher", der Staatsstreich nach Friedrich Thimme noch „in nebelgrauer Ferne". Hätte Bismarck es wirklich alsbald mit Hilfe blutiger Zusammenstöße zu einer Auflösung des Reiches treiben wollen, wären dem Kaiser dafür schlagende Beweise zur Hand gewesen, hätte er dann auch in den Augenblicken höchsten Zornes über den „perfiden", „ungehorsamen" Untertan mit ihrer Bekanntgabe zurückgehalten? Wilhelm II. behauptete zwar, den Deutschen das Bild des Reichsgründers nicht trüben zu wollen mit der Feststellung, daß der alternde Kanzler alle Kräfte zu einer ungeheuren Gewaltpolitik gegen das eigene Volk zusammenzuballen gedachte, aber sein Schweigen auch Franz Joseph und Hohenlohe gegenüber zwingt doch geradezu zu dem Schlusse, daß Bismarck ein fester Staatsstreichplan gar nicht nachgewiesen werden kann. Als der deutsche Gesandte in Petersburg, General v. Schweinitz, am 28. April 1890 nach Berlin berichtete (A. A. Nr. 1365), er habe bei seinem letzten Besuche Berlins, Ausgang März, den Eindruck gehabt, daß wir im Innern vor einer völligen Stockung, vor einem deadlock ständen, schrieb der Kaiser an den Rand nur ein einfaches „ja"; er ist bei der Lektüre des Schweinitzschen Berichts mit Marginalien nicht sparsam gewesen; er hätte gewiß noch etwas hinzugesetzt, wenn er der Überzeugung gewesen wäre, daß Bismarcks Politik durch ein entsetzliches Blutbad hindurch auf eine Verfassungsänderung hinzielte. Daß der junge Kaiser glaubte, an der Seite

---

[1]) Vgl. das Telegramm an den Grafen Herbert vom 23. Januar 1890 (Eppstein S. 129): „Wir werden die Ausweisungsbefugnis dringend brauchen für die Bergwerksbezirke in Westfalen und Schlesien, wenn in den Kohlenwerken im Sommer der Streik unter Leitung sozialdemokratischer Führer in größerer Ausdehnung sich erneuert und dabei voraussichtlich der kleine Belagerungszustand eingeführt wird."

Bismarcks durch ein Meer von Blut waten zu müssen, und daß dieser Gedanke ihn mitbestimmte, sich von ihm zu trennen, kann für möglich gehalten werden; der Grund des Bruches ist er — das dürfen wir jetzt wohl getrost behaupten — nicht gewesen und der Kanzler nicht „das Opfer" des neugewählten Reichstages geworden; mit ihm durfte Bismarck immer noch hoffen fertig zu werden.

Sozialpolitische Differenzen.

Einen unbestrittenen Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Männern gaben bekanntlich Fragen der Arbeiterfürsorge. „Ich habe," schrieb Prinz Wilhelm am 21. Dezember 1887 nach der Waldersee-Stöcker-Versammlung an Bismarck[1]), „zu meinem Bedauern erfahren, daß Euer Durchlaucht mit einem Werke, welches ich im Interesse der armen Klassen unseres Volkes begonnen habe, nicht einverstanden sein sollen," und zwei Jahre später nach der Rückkehr des jungen Kaisers von seiner Orientreise bat der Minister v. Boetticher den Fürsten, der Arbeiterpolitik des Monarchen nicht zu widerstreben, da dieser sich für den Fall zunehmender Schwierigkeiten immer mehr mit der Idee vertraut mache, dem Reiche einen neuen Kanzler zu geben[2]).

Die Verstimmung in Sachen der Stöckerschen Stadtmission wurde äußerlich beglichen; der III. Band der „Gedanken und Erinnerungen" brachte darüber wertvolle Aufschlüsse; vielleicht erfahren wir noch weiteres aus dem hoffentlich bald druckreifen Nachlaß des Grafen Waldersee. Die Differenz blieb natürlich latent bestehen; im Mai 1889 trat sie bei dem westfälischen Bergarbeiterstreik von neuem ans Licht. Wilhelm II., von seinem Erzieher Hinzpeter gegen Ende 1888 abermals zu sozialen Reformen gemahnt, wollte der roi des gueux sein, wollte sich beliebt machen bei den unteren Klassen; in lebhaften Ausdrücken, in einem „stürmischen Erguß", wie ihn Lucius v. Ballhausen in seiner doch immer sehr gedämpften Redeweise bezeichnet, sprach er sich am 12. Mai 1889 in der Ministersitzung, zu der er unerwartet erschien, sehr scharf aus gegen die zum Teil

---

[1]) Gedanken und Erinnerungen, III. Band, S. 7—12.

[2]) Nach einem Bericht des Grafen Szyéchenyi (Preußische Jahrbücher, 184. Band S. 309).

ausländischen Arbeitgeber des Ruhrgebiets, die mit der größten Rücksichtslosigkeit die deutschen Arbeiter ausnutzten und verlangten, daß der Staat ihre Villen und Rosengärten schütze und womöglich Doppelposten vor ihre Betten stelle; durch ein Telegramm an den Oberpräsidenten v. Hagemeister hatte er bereits sie zu veranlassen befohlen, den Streikenden Lohnkonzessionen zu machen. Auch Bismarck billigte Hagemeisters Antrag, den Belagerungszustand zu verhängen, nicht; er sprach sogar nach Hans Rothfels von der Notwendigkeit, die Kohlengruben zu nationalisieren, die Aktiengesellschaften zu enteignen, aber zunächst hielt er es für gut, neutral zu bleiben, beide, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Gefahren einer unversöhnlichen Haltung spüren zu lassen, nur Gewalttaten zu verhüten und Eigentumsbeschädigungen streng niederzuschlagen, — der junge Kaiser konnte dann schließlich doch wie sein Großvater „Kartätschenprinz" werden, und davor graute ihm[1]). Das Wiederaufflammen der Bewegung im Herbst machte ihn von neuem mobil: „S. M.," bemerkt Lucius zum 22./23. November, „sprach viel über Streik und Arbeiterschutzgesetz, da müsse noch ungeheuer viel geschehen; er müsse verhindern können, daß das Kapital die Arbeiter aussauge." Mit dem Grafen Douglas, dem Maler v. Heyden, dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, v. Berlepsch, dem Staatssekretär v. Boetticher u. a. redete er viel über diese Dinge. Auch Hinzpeter rührte sich wieder und brachte seine Gedanken zu Papier; sein Promemoria übermittelte der preußische Minister des Innern, v. Herrfurth, auf Befehl des Kaisers am Heiligen Abend Herrn v. Boetticher und dieser darauf dem Chef der Reichskanzlei, v. Rottenburg, der aber, wie er Boetticher am 5. Januar antwortete, „das Hinzpetersche Elaborat" Bismarck nicht zeigte: „es schien mir zu einfach". Boetticher, mit seinem kaiserlichen Herrn einer Meinung, wurde unruhig und setzte den Kanzler umgehend von einer Audienz bei S. M. in Kenntnis, ein Arbeiterschutzgesetz liege dem Kaiser sehr am Herzen, er halte es für durchaus nötig, die Initiative auf

[1]) Vgl. seinen Brief an Franz Joseph vom 3. April 1890. Seine Behauptung: „Da stellte es sich heraus, daß der Fürst auf einem diametral entgegengesetzten Standpunkt als ich und die Minister sich befand," ist, was die Minister anbetrifft, falsch. Lucius schreibt S. 497: „Bismarck hatte keine leichte Aufgabe, diesen stürmischen Erguß Sr. M., welcher sich in ganz entgegengesetzter Richtung bewegte wie seine eben gemachten Ausführungen, zu beschwichtigen und in die richtigen Bahnen zu lenken."

diesem Gebiet den Parteien, insbesondere der Sozialdemokratie aus der Hand zu nehmen. Bismarck, der v. Boetticher zwei Tage später in Friedrichsruh empfing, blieb unzugänglich, antwortete, die Sozialdemokratie werde immer darüber hinausgehen, trat auch dem Kaiser selbst am 24. Januar mit diesen und anderen Argumenten entgegen, erklärte schroff, er sehe immer mehr, daß er nicht mehr an seinem Platze sei, drohte dem Grafen Hohenthal am 30. Januar mit dem sofortigen Ausscheiden aus allen seinen Ämtern, wenn Sachsen beim Bundesrat die geplanten Arbeiterschutzanträge stelle, die man eigentlich Arbeiterzwangsgesetze nennen müsse, als Arbeiterschutzgesetze nur dann bezeichnen könne, wenn man damit ausdrücke, daß man die Arbeiter vor sich selbst beschützen wolle. Wilhelm II. war darüber begreiflicherweise höchst ungehalten und stellte schon tags darauf eine Entlassung wegen Ungehorsams in Aussicht; ein längeres Zusammenwirken des Kaisers und Kanzlers — berichtete Hohenthal am 1. Februar nach Dresden — halte er nach den Vorgängen der letzten Tage für ganz ausgeschlossen. Bismarck gab am 31. Januar so weit nach, daß er zwei Entwürfe kaiserlicher Erlasse, einen an ihn, den Reichskanzler selbst, und einen an die preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe, durch seinen Sohn Herbert und durch Boetticher aufsetzen ließ, das Wort „Arbeiterschutz" mußte aber darin vermieden werden, und eine Gegenzeichnung lehnte er ab — zum nicht geringen Ärger des Kaisers über diesen Eigensinn des Fürsten; er bat sogar noch im letzten Moment die Reinschriften ins Feuer werfen zu dürfen. Dem Grafen Lerchenfeld gegenüber drückte Bismarck am 10. Februar sein Bedauern aus, den Monarchen diesen Weg gehen zu sehen; in seiner Sucht, die Popularität der niedersten Klassen zu gewinnen, verfolge er Utopien und werde das noch zu bereuen haben, denn diesen Klassen würde damit eine Macht gegeben, die das Königtum verliere; es führe zum Parlamentarismus und zum Niedergang der monarchischen Gewalt. Am 25. Februar erklärte sich zwar Bismarck bereit, bei der Ausführung der Absichten des Kaisers auf dem Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken, — so erzählte es der Kriegsminister Verdy du Vernois seinem Kollegen Boetticher, und eine Eintragung Lucius v. Ballhausens läßt das glaubhaft erscheinen, — aber schon am folgenden Tage warf der Kanzler im Staatsrat nach der Diskussion über eine Einschränkung der Sonntagsarbeit dem Kaiser

durch die Bemerkung, die Minister hätten nicht mitzustimmen, „einen Knüppel zwischen die Beine", suchte auf den Schweizer Gesandten Dr. Roth und die eidgenössische Regierung einzuwirken, daß sie nicht, wie Wilhelm II. wünschte, auf ihre internationale Arbeiterschutzkonferenz zugunsten der Berliner verzichte, verbot, als Boetticher einen ihm von Hohenthal überreichten sächsischen Gesetzentwurf für den Arbeiterschutz dem Kaiser mitteilte, den Staatssekretären eigenmächtige, von Bismarck nicht kontrasignierte Immediateingaben und Anträge an den Bundesrat; ohne des Kanzlers Zustimmung sollten sie auch keine Erklärung im Reichstag mehr abgeben dürfen. Hatte Bismarck Ende Januar im Staatsministerium geäußert: „Launen eines Monarchen sind wie gut und schlecht Wetter, man kann sich diesem nicht entziehen, man nimmt einen Regenschirm und wird doch naß, — ich denke, wir machen mit," so fuhr er vier Wochen später Boetticher an, er sei ein Tor, zu glauben, er, Bismarck, willige ein in die verderbliche Arbeiterschutzpolitik, er werde nie die Hand zu solchen Maßnahmen bieten, — da ist doch wohl Skepsis geboten gegenüber der Auffassung Rottenburgs, die Delbrück so stark unterstreicht: Bismarck hätte den Sprung ins Dunkle nicht gescheut. Gewiß war der Urheber der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 jetzt kein prinzipieller Gegner der sozialen Reform, aber ihre Fortführung lag ihm doch nicht mehr so am Herzen wie ihre Inaugurierung, und die gleichzeitige Bekämpfung der Sozialdemokratie galt ihm als conditio sine qua non ihres weiteren Ausbaus; die Wirkungen desselben beurteilte er besonders nach dem 20. Februar 1890 sehr viel pessimistischer als der sich noch immer in großen Hoffnungen wiegende junge Monarch, und seine Versöhnungstendenz blieb in des Kanzlers Augen immer ein gefährlicher Humanitätsdusel. „Ich bitte Euer Durchlaucht," sagte Boetticher am 21. März 1890 zu dem Gestürzten, „sich daran zu erinnern, daß ich seit fünf Jahren jedesmal, wenn die Arbeiterschutzanträge im Reichstag eingebracht wurden, Eurer Durchlaucht den Rat gegeben habe, den Bestrebungen nach Erweiterung des Arbeiterschutzes etwas entgegen zukommen, ein wenig Beschränkung der Sonntagsarbeit, der Frauenarbeit und der Kinderarbeit zuzugestehen. Eure Durchlaucht haben das jedesmal abgelehnt." Am letzten Februartage des kritischen Jahres berichtete Graf Lerchenfeld nach München, bei den Debatten im Staatsrat sei die Frage des Normalarbeitstages grundsätzlich ausgeschlossen geblieben

2*

und zwar auf Verlangen des Kaisers, während Bismarck jetzt die Ansicht verlauten lasse, daß die Festsetzung des Normalarbeitstages noch der einzige vernünftige Gedanke des ganzen Programms sei. Kurz darauf verspottete der Kanzler das physische und moralische Hurra-Bedürfnis des Monarchen und seinen Wunsch nach Popularität: „Der Kaiser," schrieb Lerchenfeld am 4. März, „ist durchdrungen, daß die geplanten Reformen auf dem Boden der Arbeiterschutzgesetzgebung allseitig freudige Aufnahme finden und den sozialen Frieden begründen werden. Der Reichskanzler ist vom Gegenteil überzeugt und glaubt, mit der Angst der besitzenden Klassen rechnen zu sollen," — er gravitierte immer mehr nach der Seite der Arbeitgeber, der Kaiser nach der der Arbeitnehmer. Hans Delbrück behauptete noch im April 1920 in den Preußischen Jahrbüchern: „Die Differenz zwischen dem Kaiser und dem Kanzler lag auch nicht in der Sozialpolitik, in der Arbeiterschutzgesetzgebung, wie in dem Rottenburgschen Schreiben festgestellt ist, da Bismarck, wenn er auch dem Kaiser in diesem Punkte opponierte, doch auch wieder Bereitwilligkeit zeigte, nachzugeben," — ich bedaure, auch dem widersprechen zu müssen. Die Differenz war vorhanden, und Graf Hohenthal wird nur etwas übertrieben haben, als er am 4. März nach Dresden berichtete, daß der Fürst nach wie vor ein erbitterter Gegner aller Bestrebungen zugunsten des Arbeiterschutzes sei, daß zwischen ihm und dem Kaiser auf allen Gebieten der inneren Politik eine Kluft bestehe, welche sich jetzt nicht mehr überbrücken lasse. Zugeben wird man Rottenburg und Delbrück können und müssen, daß es nicht sozialpolitische Differenzen waren, die die Verabschiedung herbeiführten, daß die Gründe vielmehr tiefer lagen. Neben den Kontroversen über den Ausbau des Arbeiterschutzes und die Bekämpfung der Sozialisten wirkte noch anderes mit zur Entfremdung der beiden Männer, so von Anfang an bis zuletzt, wie Bismarck selbst nachdrücklich betont hat, Fragen der auswärtigen Politik, alle bedingt durch das Problem unseres Verhältnisses zu Österreich und Rußland.

Meinungsverschiedenheiten über die auswärtige Politik.

Ein vortreffliches Buch über Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung hinterließ der im Dezember 1918 leider zu früh von uns geschiedene Hans Plehn; der an der Zukunft

des Vaterlandes verzweifelnde Patriot hat aber so wichtige Publikationen wie die der politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns von 1879 bis 1914 durch den Wiener Universitätsprofessor Alfred Francis Pribram (1. Band, Wien und Leipzig 1920) und der Luciusschen Bismarck-Erinnerungen nicht mehr erlebt, und jüngst sind nun auch die ersten sechs Bände der monumentalen Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes hinzugekommen, deren letzter auch für das hier behandelte Thema wichtiges Neues bietet.

Wie Bismarck nach Lucius am 23. März 1888 vor dem bereits dem Tode geweihten Kaiser Friedrich, seinen beiden Söhnen und den Ministern in einem großartigen Resümee ausführte, war das Ziel der deutschen Politik seit 1871 die Verhütung von Koalitionen gewesen, die den Bestand des Reiches gefährden könnten, in erster Linie der Koalitionen des siebenjährigen Krieges von Österreich, Frankreich, Rußland zusammen oder auch von einigen dieser Mächte gegen uns; wir selbst — sagte Bismarck — seien saturiert, hätten jetzt unsere richtigen Grenzen, könnten bei der allgemeinen Wehrpflicht überhaupt keine Eroberungs- oder sonst frivole Kriege führen. Mit Rußland kollidierten unsere Interessen nicht; wir hätten auch bei einem glücklichen Krieg mit unserem östlichen Nachbar keinen Landgewinn zu erhoffen. Daß Bismarck und Wilhelm I. einen Frieden wie den von Brest-Litowsk innerlich ablehnten, geht auch aus der Publikation des Auswärtigen Amtes hervor; in einem Bericht des Generals v. Schweinitz aus Petersburg vom 9. November 1886 (A. A. Nr. 1206) finden wir die Randnote des alten Kaisers: „Ich habe dem Kaiser Nicolas und Alexander II. gesagt: lasset doch den deutschen Provinzen ihre Privilegien, Religion, Sprache, damit sie sich nicht nach Deutschland umsehen. Vergeblich!", und Zar Alexander III. sagte nach der Entlassung Bismarcks zu Schweinitz: „Wir wußten, daß er keinen Krieg wollte, und daß er aus politischer Überzeugung taub blieb für die Klagen der baltischen Deutschen, der Lutheraner und der Kolonisten" (A. A. Nr. 1365).

Bismarcks letzte Ziele waren die Sicherung des neuen Deutschen Reiches und die Erhaltung des Friedens, sein Hauptmittel dazu die Schaffung von Koalitionen, die die kriegslustigsten Völker oder wenigstens ihre Regierungen bedenklich stimmten, die ihnen das Draufgehen zu verleiden stark genug waren; wie er das verstanden, die miteinander rivalisierenden und zu Kollisionen neigenden europäischen Großmächte gegen einander auszuspielen gewußt, so das

Gleichgewicht zu erhalten und Kriegsbrände zu lokalisieren vermocht hat, das zwingt immer wieder zu höchster Bewunderung insbesondere den Leser der Akten des Auswärtigen Amtes.

Die Hauptgefahr für uns lag natürlich im Westen; das revanchedurstige Frankreich mußte möglichst isoliert werden; mit Rücksicht auf seine unversöhnliche Haltung — meinte Bismarck am 23. März 1888 — dürften wir auch England nicht ruhig von den Franzosen angreifen und vernichten lassen, sondern müßten das britische Reich in seiner europäischen Stellung erhalten. Mit seinem Nachbar jenseits des Rheins und der Vogesen wäre Deutschland auch allein fertig geworden, deshalb verpflichtete unser Bündnis mit Österreich dieses nicht, uns Beistand zu leisten gegen einen Angriff von Westen her; nur die Italiener mußten uns, wenn Frankreich, von Deutschland nicht direkt provoziert, zu den Waffen griff, laut dem Dreibundvertrage assistieren. Schlimmer wurde die Situation für das Deutsche Reich erst, wenn die Russen gemeinsame Sache machten mit den Franzosen; um dem zu begegnen, hatte Bismarck 1879, durch das Vorgehen Gortschakows zum Optieren gezwungen, die Allianz mit Österreich abgeschlossen, das uns seine Hilfe gegen einen Angriff von Osten her garantierte; am 18. Juni 1881 kam, wie wir jetzt durch Pribram und das Auswärtige Amt wissen, ein Neutralitätsabkommen der drei Kaisermächte hinzu, eine Entente zur Erhaltung des Friedens, die am 27. März 1884 mit Gültigkeit bis zum 18. Juni 1887 erneuert wurde, dann leider nur in der Form des Rückversicherungsvertrages zum Schutze unserer Ostgrenze wieder auf drei Jahre zwischen Deutschland und Rußland. Zwischen Rußland und Österreich tat sich mehr und mehr eine Kluft auf; der anschwellende Panslawismus störte ihre Beziehungen, warf sein Auge auf Galizien, begann schon auf den Zerfall der Habsburgischen Monarchie zu spekulieren; die größte Gefahr eines Zusammenstoßes dieser beiden Kaisermächte lag aber auf dem Balkan. Österreich und Rußland strebten dort wenigstens in den ihnen benachbarten Gebieten nach einer Vormachtstellung, Rußland weit ausgreifend auch in Bulgarien; außerdem ging das Sehnen der rührigen Politiker in Petersburg und Moskau nach dem Bosporus und den Dardanellen, nach freiem Zugang zum mittelländischen Meere. Das beunruhigte neben den Österreichern, den Rumänen, den Serben auch die Italiener und die Engländer; zwischen ihnen vermochte daher Bismarck im Dezember 1887 ein Orientabkommen

zustande zu bringen: Der Statusquo in der Türkei sollte aufrecht erhalten bleiben, eine Bedrohung ihrer Rechte in Bulgarien sowie der Freiheit der Meerengen nicht geduldet, sondern gemeinsam abgewehrt werden. Deutschland konnte dieser Entente nicht beitreten; denn es hatte den Russen im Rückversicherungsvertrage seine Beihilfe zur Wiederherstellung eines regulären legalen Regiments in Bulgarien und seine wohlwollende Neutralität und moralische und diplomatische Unterstützung versprochen, falls der Zar sich in die Notwendigkeit versetzt sehen sollte, Maßregeln zum Schutze des Zugangs zum Schwarzen Meere, des Schlüssels seines Reiches, zu treffen, und Bismarck schrieb selbst im Januar 1888 (A. A. Nr. 1175): „Die Meerengen sind das Ziel der Russen, es ist praktisch erreichbar via Sultan," — Deutschland war dabei an sich ganz uninteressiert, mußte in der Hinterhand bleiben, wenn es um Bulgariens oder Konstantinopels willen zum Kampfe kam, durfte aber nun hoffen, daß dieser nicht ausbrechen, sondern Rußland ihn mit einer so starken Koalition scheuen und sich gütlich mit Österreich und seinen Verbündeten auseinandersetzen werde. Überlaßt den Österreichern Serbien als Interessensphäre, ließ Bismarck in Petersburg sagen; gebt den Russen den Koburger in Sofia preis, betonte er immer wieder dem Grafen Kalnoky gegenüber; fürchtet Euch nicht vor den Russen, wenn Ihr der Hilfe der Engländer gewiß seid! die müßt Ihr Euch vor allem zu verschaffen suchen, und werdet Ihr von den Russen angegriffen, dann stellen auch wir uns auf Eure Seite laut unserm Bündnis von 1879. Breche ein österreichisch-russischer Krieg aus, ohne daß für Deutschland der casus foederis eintrete, so habe letzteres, wie Bismarck sich am 23. März 1888 ausdrückte, zunächst den Toten zu spielen, müsse aber eventuell in einem späteren Stadium des Kampfes mit eingreifen zugunsten der Österreicher, denn es könne die habsburgische Monarchie als mächtigen Staat nicht verschwinden lassen und den Russen preisgeben. Es war das unstarre, scharf durchdachte System eines Meisters der Realpolitik, aufgebaut auf den deutschen Interessen und den unabänderlichen Tatsachen, eine wunderbare Verteilung der Kräfteverhältnisse auf dem europäischen Kontinent, bei aller Gewitterschwüle die bestmögliche Sicherung des uns so erwünschten Friedens; ein Stück Machiavellismus steckte, wie Felix Rachfahl 1920 im 16. Bande des „Weltwirtschaftlichen Archivs" in seinem Aufsatz „Der Rückversicherungsvertrag, der Balkandreibund und das angeb-

liche Bündnisangebot Bismarcks an England vom Jahre 1887" ausgeführt hat, wohl darin, aber es war ein Machiavellismus aus edelsten Motiven zur Verhütung eines großen, auch Deutschland in Mitleidenschaft ziehenden Krieges. Mit überlegener Ruhe hielt der Meister die Fäden in der Hand, fast sicher, daß sie, passe man gut auf, sich nicht verwirren würden; seine staatsmännische Kunst und seinen gewichtigen Rat respektierte ja die ganze Welt, und so durfte er, obwohl sich immer dessen bewußt, daß das zeitweilig Festgewordene die Tendenz behält, in den ursprünglichen Aggregatzustand zurückzukehren, doch hoffen, das Gleichgewicht der Mächte und den Frieden in Europa noch eine Weile konstant zu erhalten.

Kurz vor dem Ausgang der Regierung des alten Kaisers stand nun das Barometer wieder einmal auf Sturm; am 6. Februar 1888 mußte Bismarck den Franzosen das Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts in der Welt" entgegenrufen, und auch im Osten schien sich seit einigen Wochen ein schweres Unwetter zusammenzuziehen. Anfangs November kamen beunruhigende Nachrichten aus Petersburg und Wien nach der Wilhelmstraße. Die Äußerungen des Grafen Kalnoky zur bulgarischen Frage im Ausschuß der ungarischen Delegation hatten die Russen arg verstimmt[1]). „Wir verstehen uns mit den Österreichern nun einmal nicht, unsere Interessen sind unvereinbar," sagte Giers zu Bernhard v. Bülow (A. A. Nr. 1154); „möchten sie nur kommen, wir wünschen nichts Besseres." In Wien hatte man den Eindruck, unberechenbare Potenzen gewönnen im russischen auswärtigen Departement die Oberhand. Die Verlegung der 13. russischen Kavalleriedivision in das südöstliche Polen erschien als eine Bedrohung gerade desjenigen Teils des österreichischen Galizien, wo mehrere Bahnlinien sich kreuzten, die für den Aufmarsch der k. k. Armee von größter Wichtigkeit waren. Der österreichische Generalstab wurde nervös, witterte den Plan einer unmittelbar bevorstehenden russischen Aggressive und

[1]) Nach Lucius v. Ballhausen sagte Bismarck am 19. November zum Zaren in Berlin, Österreich und Rußland „zerchten" sich wie die Generale Grumbkow und Barfus zur Zeit der strengen Duellgesetze Friedrich Wilhelms I., die bis zu Tätlichkeiten mit den Stöcken gegangen seien, um den anderen zu zwingen, den Degen zu ziehen. Die Namennennung stimmt nicht ganz. Statt Grumbkow muß es heißen: Hans Adam v. Schöning und statt Friedrich Wilhelms I.: des Großen Kurfürsten oder seines Sohnes Friedrichs III. Am 9. September 1689 haben vor dem Quartier dieses Kurfürsten auf dem Kreuzberg vor Bonn Schöning und Barfus sich „gezercht" und schließlich vom Leder gezogen.

sprach sich für einen Präventivkrieg aus; hierzu wünschte er natürlich unsere Assistenz, und Kaiser Franz Joseph fragte den deutschen Botschafter, den Prinzen Reuß, am 6. Dezember 1887, ob Deutschland, falls Österreich durch sein Abkommen mit England und Italien in einen Krieg mit Rußland verwickelt würde, ganz desinteressiert bleibe; das könne es doch wohl nicht, da es einen sehr dankenswerten Anteil an dem Zustandekommen dieser Entente genommen habe (A. A. Nr. 1161). Bismarck schrieb an den Rand des Reußschen Berichts: „Ja, wir haben uns bemüht, Österreich auch für Fälle, die foedus nicht deckt, Bundesgenossen zu verschaffen.“ „Greift Österreich an, so besteht der casus foederis nicht.“ „Die Frage (Franz Josephs) läßt sich heute nicht beantworten, wenn man nicht Österreich in Versuchung führen will, auf unsere Kosten Krieg zu provozieren.“ Zwei Tage später, am 8. Dezember, führte Kalnoky dem Prinzen Reuß gegenüber aus (A. A. Nr. 1162): Überfalle Rußland die Türkei, so würden England, Österreich und Italien wahrscheinlich zunächst eine Protestposition, begleitet von einer Flottendemonstration vor den Dardanellen, einnehmen; hierdurch würde die Türkei wohl zum Mittun bewogen werden und eine Beteiligung österreichischer Landkräfte nicht in Frage kommen, — Fürst Bismarck setzte dahinter zwei Fragezeichen und ein: „Doch! falls Rußland nicht zurückzieht!“ Kalnoky fuhr fort: eine Landung der Russen in Varna werde immer unwahrscheinlicher, eine Invasion in Armenien desgleichen; wolle Rußland in die Balkanhalbinsel einbrechen, so stehe dazu nur der Weg durch Rumänien zu Gebote, das sich weigern würde; der casus foederis würde dann für Österreich Rumänien gegenüber eintreten und auch Deutschland angehen, — das bestritt Bismarck ebenfalls. „Wir haben mit Rumänien unterschrieben, um die Rumänen zu ermutigen, daß sie sich an Österreich anschließen; aber Truppen werden wir für die Frage nicht viel übrig haben, solange Frankreich besteht! Wenn Österreich mit Rumänien, Bulgarien, Italien, Pforte, England, Serbien zusammen noch froid aux yeux hat, so zeigt das schlechtes Gewissen.“

Mit dieser Annahme eines schlechten Gewissens hatte Bismarck wohl recht; Österreich fühlte sich für einen Krieg gegen Rußland nicht genügend gerüstet; es wünschte eine Entlastung durch Beteiligung Deutschlands am Kampfe und suchte den Bündnisvertrag durch Besprechungen der österreichischen mit den deutschen Militärs unmerklich zu erweitern, wie Bismarck sich ärgerlich ausdrückte „zu

verschieben". Eine Entsendung österreichischer Truppen auf die Balkanhalbinsel — sagte Kalnoky am 8. Dezember zum Prinzen Reuß — werde nicht nötig sein. Wenn nun von Besprechungen über diesen Fall nicht die Rede wäre, so würde es aber doch sehr erwünscht sein, sich rechtzeitig über die militärischen Maßnahmen für den Fall des Eintretens des casus foederis zwischen Deutschland und Österreich zu besprechen. Die beiden Generalstäbe dürften nicht durch die Ereignisse überrascht werden. Oberstleutnant v. Steininger, der österreichische Militärattaché in Berlin, könne vielleicht mit Moltke soweit Fühlung nehmen, daß es dann nur noch einer endgültigen, geheimen persönlichen Vereinbarung zwischen den Chefs der beiden Generalstäbe bedürfe. Auf diesen Vorschlag ging man in Berlin nicht ohne Widerstreben ein; der deutsche Generalstab, der auch an die russische Absicht eines baldigen Krieges glaubte, besonders der Generalquartiermeister Graf Waldersee, war zwar Feuer und Flamme, Bismarck dagegen kühl zurückhaltend. „Solange ich Minister bin", ließ er den Prinzen Reuß am 15. Dezember (A. A. Nr. 1163) wissen, — „werde ich meine Zustimmung zu einem prophylaktischen Angriff auf Rußland nicht geben, und ich bin auch weit entfernt, Österreich zu einem solchen zu raten, solange es nicht der englischen Mitwirkung dabei absolut sicher ist... Ohne die bestimmte Aussicht auf Englands Mitwirkung in einem Kriege gegen Rußland halte ich es für meine Pflicht, Österreich von jedem aggressivem Vorgehen gegen das letztere abzuraten... Um die jetzige klare Abgrenzung des casus foederis nicht zu verwischen, dürfen wir die Versuchung nicht verstärken, in der die Österreicher sich ohnehin befinden, die Situation auszunutzen, um die deutsche Heereskraft für ungarische oder katholische Ambitionen im Balkangebiet zu verbrauchen. Wir müssen dahin wirken, daß Österreich sich stark macht, um von einem russischen Angriff nicht überlaufen zu werden und um uns in solchem Falle ein starker Bundesgenosse zu sein. Um Österreich stark zu machen, haben wir uns bemüht, ihm Italiens und womöglich auch Englands Unterstützung im Kriegsfalle zu verschaffen. Aber auf eine Zusage unserer Unterstützung Österreichs im Falle des österreichischen Angriffs auf Rußland werde ich mich unter keinen Umständen einlassen. Wenn ich S. M. dazu raten wollte, so würden wir der österreichischen Politik eine Prämie auf das Händelsuchen setzen." So blieben denn die militärischen Besprechungen Steiningers mit dem deutschen Generalstab schließlich erfolg-

los; einen Vorschlag des Prinzen Reuß, sie wieder aufzunehmen, lehnte Bismarck im Januar schroff ab: „Die Leute“ — bemerkte er (A. A. No. 1175) — sind zu happig und zu steif dazu.“ Er war ein scharfer Wächter und der Worte noch eingedenk, die er im Januar 1887 im Reichstag gesprochen hatte: „Wir werden uns von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren“.

Was hat das alles nun mit dem Sturze Bismarcks zu tun? Unmittelbar natürlich nichts, durch die Wirkung auf den künftigen Träger der Krone aber doch wohl nicht wenig.

Prinz Wilhelm stand, wie wir wissen und wie der Nachlaß des Grafen Waldersee vermutlich des Näheren zeigen wird, dem Generalquartiermeister im Winter 1887/88 sehr nahe. Waldersee hatte in Gesprächen mit Oberstleutnant v. Steininger und dem österreichischen Botschafter Grafen Széchenyi die Frage eines russisch-österreichischen Krieges erörtert. Dies veranlaßte den Fürsten Bismarck am 7. Dezember in seinem Schreiben an Waldersee lebhaft gegen solche Eingriffe von militärischer Seite zu protestieren. In einer zwölf Tage späteren Aufzeichnung des Grafen Rantzau, des Schwiegersohnes des Kanzlers, hieß es noch schroffer: Seine Durchlaucht müsse sich dagegen verwahren, daß die politische Geschäftsführung gewissermaßen auf die Generalstäbler übergehe und daß die Militärs à tout prix in Wien auf den Krieg drängten (A. A. Nr. 1181). In gleichem Sinne schrieb Bismarck am 19. Dezember an den Chef des Militärkabinetts, General v. Albedyll: „Die gegenwärtige politische Situation ist eine außerordentlich schwierige und empfindliche, und ich würde die Verantwortlichkeit für ihre weitere Entwicklung nicht übernehmen können, wenn militärische Unterhandlungen stattfänden, mit deren Inhalt und Tragweite ich mich vom politischen Standpunkte nicht einverstanden erklären könnte. Dies würde aber der Fall sein, wenn die Besprechungen zwischen dem Herrn Generalfeldmarschall Grafen Moltke und Oberstleutnant v. Steininger sich in der von Eurer Exzellenz bezeichneten Richtung bewegen sollten. Daß wir unter allen Umständen und in jedem Falle, also auch für den Fall, daß zwischen Österreich und Rußland ein Krieg entstände, welcher außerhalb des casus foederis liegt, einige Armeekorps an unserer Ostgrenze bereit halten, kann und wird wahrscheinlich auch politisch angezeigt sein; daß wir aber diese Armeekorps dem österreichischen Kabinett von Hause aus und ohne casus foederis als

zur Kooperation mit den österreichischen Truppen bestimmt bezeichnen, dazu kann ich nach Maßgabe unserer geheimen Verträge nicht mitwirken. Das Bestreben Österreichs oder doch derjenigen österreichischen Staatsmänner und Militärs, welche die Gelegenheit wahrnehmen wollen, um die deutsche Armee für spezifisch österreichische Zwecke einzusetzen, auch für solche, an denen Deutschland kein Interesse hat, ist auf Erweiterung und Verschiebung unseres Bündnisses gerichtet. Dazu die Hand zu bieten, ist für uns nicht möglich... Unsere Politik hat die Aufgabe, den Krieg wenn möglich ganz zu verhüten, und geht das nicht, ihn doch zu verschieben. An einer anderen würde ich nicht mitwirken können" (A. A. Nr. 1182). Als Graf Herbert am 20. Dezember Albedyll fragte, weshalb unter dem von Seiten des Hofes lanzierten Worte „Kriegsrat" Prinz Wilhelm und drei Generale an Moltkes Vortrag teilgenommen hätten, erwiderte Albedyll, er bedaure diese alberne, Aufsehen erregende Bezeichnung; die Generale seien dem Vortrage Moltkes nur beigetreten, um seinen vermeintlichen kriegerischen Ideen entgegen zu wirken. Herbert replizierte, nach seinen Eindrücken sei Moltke der ruhigste und besonnenste unserer Generale; Albedyll nahm dieses Epitheton auch für sich in Anspruch und versicherte, immer alles zu tun, um Schwierigkeiten von unserer auswärtigen Politik fernzuhalten. Über den Prinzen Wilhelm fiel weiter kein Wort (A. A. No. 1183). In einer Novemberdenkschrift hatte Moltke den Krieg mit Rußland in der Tat so gut wie sicher erklärt; am 20. Dezember aber gab er Herbert zu, daß eine Beantwortung der österreichischen Eröffnungen in das politische Gebiet hinüber greife, da sich eben alles um den Eintritt des casus foederis drehe und daß darüber, wann dieser eintrete, lediglich der Reichskanzler zu entscheiden habe. In Wien war der deutsche Militärattaché Major v. Deines ein übereifriger, sehr unvorsichtiger Fürsprecher der habsburgischen Interessen. „Österreich" — so fragte er am 23. November beim Prinzen Reuß an (A. A. Nr. 1156) — „wird gewiß niemals die Russen angreifen; wird es aber angegriffen, machen wir dann sofort mobil und erklären wir Rußland den Krieg oder warten wir, bis ein russischer Sieg Österreich in unabsehbare Verlegenheit bringt, uns die Franzosen, Dänen etc. auf den Hals hetzt und die Unterstützung der Italiener mindestens lähmt?" Am 9. Dezember ließ sich Deines in Gesprächen mit dem Chef des österreichischen Generalstabes FML. Baron v. Beck und mit dem Kaiser Franz Joseph durch seine militärische Passion

noch weiter fortreißen: zur Befürwortung eines Winterfeldzuges gegen Rußland. Bismarck befahl darauf am 15. Dezember dem Prinzen Reuß, Deines zu sagen, er habe seine Kompetenzen überschritten, die direkten Verhandlungen über die Politik beider Länder seien zwischen ihren Auswärtigen Ämtern und nicht zwischen den Generalstäben zu führen; in der Unterredung des Militärattachés mit Kaiser Franz Joseph liege eine Aufforderung und ein Treiben Österreichs zum Angriffskrieg gegen Rußland; wiederhole sich dergleichen, so müsse er, Bismarck, Deines' Abberufung verlangen. Stand der Gerüffelte nicht schon damals dem Prinzen Wilhelm nahe? Sollte er auf den Thronfolger ebenso eingewirkt haben wie Waldersee und Albedyll?

Endlich noch Kronprinz Rudolf von Österreich!

Er war ein Herzensfreund des gleichaltrigen Hohenzollern; er hat gewiß in seinen nach Berlin gesandten Briefen auch kein Blatt vor den Mund genommen. Schon als er Ende März 1887 in der Reichshauptstadt weilte, hatte er sich bei Bismarck beklagt, daß dieser so entschieden betone, der Orient gehe Deutschland nichts an (Lucius S. 378), — in einem Bericht des Prinzen Reuß vom 19. Januar 1888 (A. A. Nr. 1175) heißt es: „Kronprinz Rudolf ist ganz im Kriegsfahrwasser. Er faßt die Sachen sehr leidenschaftlich auf und meint, daß, wenn Österreich den Moment versäumte, sich gegen Rußland zu schlagen, so lange es noch entschiedene militärische Vorteile besäße, es besser tun würde, dann ganz von der Großmachtstellung zu abdizieren." Diese Ansichten wollte Prinz Reuß nur als Symptom der Denkart der Militärs wiedergeben, politische Bedeutung hätten sie nicht; aber Einfluß auf den Prinzen Wilhelm von Preußen könnten und werden sie doch wohl gehabt haben. Sie mußten ihn dann zusammen mit den Einflüsterungen Waldersees und seiner Gefolgsleute in Harnisch bringen gegen den Reichskanzler. Dessen Verhältnis zum Thronerben begann sich im Dezember 1887 überhaupt zu trüben. „Bismarck ist wütend" — notierte sich Lucius zum ersten Weihnachtstage — „über die Beteiligung des Prinzen an der Waldersee-Stöcker-Versammlung und hat es auch direkt oder durch den Grafen Herbert dem Prinzen zu erkennen gegeben." Dieser hatte auf seine Anfrage vom 29. November, betreffend eine Proklamation an die deutschen Fürsten beim Regierungsantritt, noch immer keine Antwort von Bismarck erhalten, als er am 21. Dezember von neuem zur Feder griff, um sich und

Stöcker, den modernen Luther, zu rechtfertigen. Am Schlusse dieses Briefes bat er den Kanzler, falls er die deutsche Politik zum Kriege leite, „nicht zu vergessen, daß hier eine Hand und ein Schwert bereit sind von einem Manne, der sich wohl bewußt ist, daß Friedrich der Große sein Ahnherr ist, und drei mal soviel allein bekämpfte, als wir jetzt gegen uns haben, und der seine zehn Jahre militärischer Ausbildung nicht umsonst hart gearbeitet hat". Am letzten Tage des Jahres trug nun Lucius die inhaltschweren Worte in sein Tagebuch ein: „Prinz Wilhelm hat sich gegen Finanzminister Scholz geäußert, den Fürsten Bismarck brauche man natürlich noch einige Jahre sehr dringend; später würden seine Funktionen geteilt werden, und der Monarch selbst müsse mehr davon übernehmen, worauf Scholz erwiderte, man werde den Fürsten noch recht lange brauchen und ihn nie ganz ersetzen können." Mag nun auch der für seine allzu offenkundigen Stadtmissionsympathien eingeheimste Tadel und dann das ungewöhnlich lange Schweigen Bismarcks den Prinzen Wilhelm arg verschnupft haben, — ein gut Teil an der Verstimmung hatte doch wohl auch die auswärtige Politik, — überaus wahrscheinlich gemacht wird das noch durch den Briefwechsel der beiden Männer im Mai 1888.

Am 23. März d. J. hatte Bismarck vor Kaiser Friedrich, den Prinzen Wilhelm und Heinrich und den Ministern ausgeführt, Österreich dürfe gegen Rußland nicht eher losschlagen, als bis England aus seiner Passivität herausgedrängt sei und seine Kanonen im Bosporus knallten wie im Krimkrieg; Kaiser Friedrich hatte beifällig genickt; die beiden Prinzen gaben keine Zeichen von Zustimmung. In einem Bericht des Prinzen Reuß aus Wien vom 28. April (A. A. Nr. 1339) stand nun zu lesen: „Vielleicht hatten die Generalstabsoffiziere in Berlin und Wien doch recht, wenn sie im vorigen Herbst rieten, die russische Macht zu zertrümmern noch ehe sie gefährlich wurde." Kronprinz Wilhelm bemerkte dazu am Rande: „Ja!", Bismarck dagegen: „Das ist so leicht nicht! ein Sieg über Rußland ist keine Zertrümmerung, sondern nur die Herstellung eines revanchebedürftigen Nachbarn auch im Osten." Zu dem weiteren Reußschen Passus: „Man kann die Gefahr mit mathematischer Gewißheit wachsen sehen, ohne sie aufhalten zu können, denn den Krieg heraufzubeschwören, könne kein Staatsmann verantworten," fügte der Kronprinz ein „richtig" hinzu, — Bismarck aber schrieb an den Kopf des Aktenstücks: „Zu sekretieren mit Rücksicht auf die

Marginalien Seiner Kaiserlichen Hoheit." Am 3. Mai sandte er dem Prinzen Reuß eine Antwort; auch ihr Konzept hat der Thronfolger mit Randbemerkungen versehen und Bismarck dann wiederum mit den seinigen. Bismarck erklärte, eine Zertrümmerung unseres Nachbarn im Osten sei unmöglich. „Dieses unzerstörbare Reich russischer Nation, stark durch sein Klima, seine Wüsten und seine Bedürfnislosigkeit wie durch den Vorteil, nur e i n e schutzbedürftige Grenze zu haben, würde nach seiner Niederlage unser geborener und revanchebedürftiger Gegner bleiben" — „nicht mehr", meinte der schreiblustige Kronprinz, „wie es jetzt schon ist," — „doch mehr", replizierte, Bismarck, — „bedürftig vielleicht, aber nicht in der Lage," fuhr Wilhelm fort, — „aber bald wieder wie Frankreich seit zwölf Jahren längst wieder," der fest auf dem Sinne beharrende Kanzler. Die Vitalität der russischen Nation — schrieb er weiter an Prinz Reuß — werde nicht minder zähe sein wie die der polnischen: „wir werden m. E. immer am besten tun, sie wie eine elementarisch vorhandene Gefahr zu behandeln, gegen die wir Schutzdeiche unterhalten, die wir aber nicht aus der Welt schaffen können". „Wenn Deichbruch kommt, ist dann große Überschwemmung," kritisierte der Kronprinz; Bismarck setzte hinzu: „wenn wir ihn selbst durchstechen, noch früher". „Durch einen Angriff auf das heutige Rußland" — so faßte der Kanzler seine Ansicht in dem Schreiben an den deutschen Botschafter in Wien zusammen, „würden wir seinen Zusammenhang festigen; durch Abwarten s e i n e s Angriffs aber können wir seinen inneren Verfall und seine Zersetzung möglicherweise früher erleben („hoffentlich" schrieb der Kronprinz hier an den Rand) als seinen Angriff und zwar um so früher, je weniger wir es durch Bedrohungen hindern, tiefer in die orientalische Sackgasse hineinzugehen," — Wilhelm fügte hinzu: „Es hat aber leider die Sackgasse gemerkt und zeigt bisher verzweifelt wenig Lust hineinzugehen," — „doch," widersprach Bismarck, „es geht hinein, sobald Österreich aufhört es zu finden."

Da nach menschlicher Voraussicht die Entscheidung über Krieg und Frieden demnächst in die Hände des temperamentvollen Kritikers übergehen mußte, so hielt Bismarck es für geboten, diese Bemerkungen nicht stillschweigend zu den Akten zu nehmen, sondern sich an ihn selbst zu wenden und ihm ein kleines Kolleg über auswärtige Politik zu lesen; wir lernen es als ein undatiertes, vom Fürsten [illegible]el korrigiertes und paraphiertes Konzept durch die Publi-

kation des Auswärtigen Amtes (Nr. 1341) jetzt kennen; daß es am 9. Mai wirklich abgegangen ist, beweist die im 3. Bande der „Gedanken und Erinnerungen" abgedruckte kronprinzliche Antwort vom folgenden Tage. Er glaube nicht, — hub Bismarck an — „daß eine abermalige Darlegung der Motive, welche für die bisherige friedliche und abwartende Politik sprachen, neue Gesichtspunkte zu Tage fördern würde, die der Kronprinz nicht bereits erwogen habe; er wolle daher nur mit Rücksicht auf die Möglichkeit einer Zerstörung der Kriegsmittel Rußlands bemerken, „daß wir diejenigen Frankreichs 1870 in einer Vollständigkeit zerstört haben, wie es Rußland gegenüber wegen dessen geographischer Ausdehnung niemals gelingen wird; nichts destoweniger war Frankreich schon vier Jahre später wiederum eine Macht, mit welcher die Politik zu rechnen hatte und insbesondere eine vorausschauende Politik in großem Stile, welche ihre Aspirationen nicht den Verhältnissen eines einzelnen Jahres entnehmen kann, sondern längere Zeiträume ins Auge fassen muß." Ein von uns mit Krieg überzogenes, geschlagenes Rußland würde ein zweites Frankreich werden, bereit, jede günstige Gelegenheit zu benutzen, um im Bunde mit anderen über uns herzufallen, und Deutschland geriete dann dauernd in eine gewisse Abhängigkeit von der Unterstützung, welche die übrigen Mächte, in erster Linie Österreich, dann auch England und Italien uns zu leisten geneigt sein würden. Die letzteren beiden seien unsichere Alliierte; Österreich würde dann, bliebe es unsere einzige Stütze, einen analogen Einfluß auf das Deutsche Reich wieder gewinnen, wie wir ihn 1866 mit Glück beseitigt haben. „Die Sicherheit unserer Beziehungen zum österreichisch-ungarischen Staate" — darin kulminiert Bismarcks Argumentation — „beruht zum großen Teile auf der Möglichkeit, daß wir, wenn Österreich uns unbillige Zumutungen macht, uns auch mit Rußland verständigen können. Fällt die letztere Möglichkeit fort, so wird Österreich ein viel anspruchsvollerer Bundesgenosse werden als es bisher war, und wenn es Anlehnung bei Rußland findet, vielleicht ebenso anspruchsvoll als zur Zeit des deutschen Bundestages." Der Kronprinz — so fuhr er fort — werde bei seiner und des Grafen Kalnoky Meinung bleiben: am besten werde der Krieg gegen Rußland von Österreich und Deutschland herbeigeführt, bevor die russischen Streitkräfte sich weiter entwickeln; sei das der Fall, so hätte man längst die Politik darauf einstellen, den Battenberger nicht fallen

lassen, sondern durch Eintreten für ihn in Bulgarien und durch andere Mittel die Russen zum Angriff auf die Österreicher oder auf uns reizen sollen; man könne das wohl auch jetzt noch, wenn man meine, daß der frühere Krieg der bessere sei. Er, Bismarck, sei nicht dieser Ansicht; liege es aber in der Intention des Thronfolgers, den Kurs in dieser Richtung zu nehmen, so sei es ratsamer, den Krieg zuerst im Westen zu suchen als im Osten, weil sich dort ein Grund zum Bruch leichter und unauffälliger finden lasse und der Krieg der öffentlichen Meinung gegenüber als ein notwendiges Opfer, um zur Ruhe zu gelangen, eher begründet, leichter geführt und schneller siegreich beendet werden könne. Ein deutsch-französischer Krieg sei auch möglich ohne gleichzeitigen Kampf gegen Rußland; wir würden aber ohne Zweifel nach beiden Seiten zu fechten haben, wenn wir zuerst die Front gegen Osten nehmen. Deutschlands Verträge mit Rußland kenne der Kronprinz. „Ihr Text gibt die Gewißheit, daß Rußland beabsichtigt in die Sackgasse hineinzugehen, und es würde schon darin sein, wenn es nicht auf unser Verlangen durch österreichische Opposition daran gehindert würde. Kommt diese Opposition in Wegfall, so hört damit auch die russische Zurückhaltung auf". Zum Schlusse ging der Kanzler noch auf die formale Seite der Sache ein und ersuchte um mündlichen Vortrag; die gewichtige Tragweite kronprinzlicher Randbemerkungen nötige ihn, die davon betroffenen Aktenstücke absolut zu sekretieren, insbesondere solche, welche ein Ende der jetzt noch geltenden Politik Deutschlands in nahe Aussicht stellen; wir könnten gar zu leicht in den Ruf der Unaufrichtigkeit geraten. „Wenn wir feindliche Versicherungen geben und daneben ein Wort in dem Sinne transpiriert, daß die Generalstabsoffiziere recht gehabt hätten, welche im vorigen Herbst rieten, die russische Macht zu zertrümmern, so verlieren wir das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit bei unsern Bundesgenossen, und das würde schlimmer sein als selbst ein Krieg, über dessen Notwendigkeit oder Nützlichkeit verschiedene Meinungen obwalten können."

Mit der Antwort des Kronprinzen vom 10. Mai 1888 hat uns Bismarck auf Seite 136—141 des dritten Bandes der „Gedanken und Erinnerungen" selbst bekannt gemacht; man versteht sie in allen ihren Beziehungen jetzt erst ganz und kann ihre Bedeutung nun richtig einschätzen. Sie ist nicht ohne kleine persönliche Spitzen, — so viel Aufregung verursachten meine Marginalien?

Euer Durchlaucht legten ihnen eine übertriebene Bedeutung bei, — sie ist nur ein halber Rückzug, der Rückzug eines Grollenden, abermals Verstimmten. Sie betont zwar im Eingang das Einverständnis des Schreibers mit der bisherigen friedlichen und abwartenden Politik, aber sie erkennt die von Bismarck geltend gemachten Gründe nur zum Teil an; über die Notwendigkeit oder Nützlichkeit des Krieges seien die politischen und die militärischen Ansichten auseinander gegangen und letztere, für sich betrachtet, nicht unberechtigt. Der Kronprinz verspricht, Randbemerkungen auf den politischen Berichten in Zukunft zu unterlassen, behält sich aber vor, dem Kanzler „seine Ansichten anderweitig mit aller Offenheit zur Kenntnis zu bringen", — klingt das nicht wie ein gedämpfter Nachhall der prinzlichen Antwort vom 14. Januar auf die endlich am 6. d. Mts. erteilte, „etwas lehrhaft" ausgefallene Auskunft Bismarcks über die Anliegen des jungen Hohenzollern vom 29. November und 21. Dezember: „Wehe denen, wenn Ich zu befehlen haben werde"? Es sei Pflicht des Großen Generalstabes, die eigene militärische Lage und die der Nachbarn scharf ins Auge zu fassen, die Vorteile und Nachteile, die sich in militärischer Beziehung bieten können, abzuwägen, die dadurch bedingten militärischen Maßregeln dem Leiter der Politik „mit aller Offenheit und mit Festhalten des militärischen Standpunktes" zur Kenntnis zu bringen; das sei eine durchaus erforderliche Hilfe für die Leitung auch der friedliebendsten Politik; eine solche dürfe Bismarck auch für den Fall eines Regierungswechsels getrost in Aussicht stellen. Sie verstand bisher Rußlands Herrscher zu unsern Gunsten einzunehmen und wird weiter zu Recht bestehen, solange der jetzige Zar die Macht, seinen Willen geltend zu machen, wirklich besitzt; geht diese aber verloren, wofür viele Anzeichen vorhanden sind, so wird sich sehr wahrscheinlich der russische Panslawismus mit dem französischen Revanchedurst verbünden und gegen Deutschland Krieg führen, wenn unseren Gegnern ihre Kampfesmittel genügend entwickelt erscheinen, um uns ungestraft vernichten zu können. Wir haben Bundesgenossen; sie sind aber zum Teil romanischen Stammes mit nicht absolut gesicherten Regierungsmechanismen; auf deren Assistenz dürfte kaum für lange Zeit zu rechnen sein, und deshalb muß der Krieg, zu dessen Abwehr resp. Führung sie mithelfen sollen, besser früher als später geführt werden. Um so wertvoller ist für uns als Alliierter Österreich; an dieses denkt der Kronprinz allein oder wenigstens

in erster Linie, wenn er schreibt: „Die Bundesgenossen an uns zu fesseln, ohne ihnen einen eingehenden Einfluß auf das Reich einzuräumen, wird die große, ich gebe zu, schwere Aufgabe einer vorsichtigen deutschen Politik sein und bleiben müssen." Schärfste Wachsamkeit empfiehlt er gegenüber allen Versuchen der Feinde, uns die Alliierten abwendig zu machen; ein schwerer Fehler würde irgendeine Protegierung des Battenbergers sein; Österreich würde darin eine Verletzung seiner speziellen Interessen finden und Rußland die Genugtuung haben, uns von unserm „besten" Bundesgenossen getrennt zu sehen. Es liege, sagt der Kronprinz, ihm völlig fern, die Beschleunigung der Kriegsgefahr zu erstreben, aber — so läßt er durchblicken — der Augenblick muß ausgenutzt werden, sobald der Zusammenstoß als unvermeidlich erkannt ist: mit vollstem Recht machten die militärischen Autoritäten Deutschlands und Österreichs im Herbst 1887 auf die günstige militärische Gelegenheit aufmerksam, welche sich für ein kriegerisches Vorgehen beider Länder bot.

Bismarck konnte mit dieser Antwort nicht ganz zufrieden sein. „Es wäre ein Unglück, wenn," hat er sorgenvoll zwischen den Text und den kronprinzlichen Namenszug geschrieben, er meinte: „wenn die Politik den Wünschen der Militärs untergeordnet würde"; „Waldersees Politik!" bemerkte er[1]) zu den Ausführungen über die Pflichten des Großen Generalstabes, „wenn der sie leitete!! und der soll Kanzler werden?" Nun, er wurde es bekanntlich nicht weder 1892 noch 1890 noch 1888 trotz heißen Bemühens der Kaiserin Friedrich, Bismarck, den hartnäckigen Gegner einer Verlobung ihrer Tochter mit dem Battenberger, zu Fall zu bringen; in der Abneigung gegen dieses Heiratsprojekt seiner Mutter stand der Kronprinz ganz auf Seiten des Kanzlers; E. C. Corti, der Verfasser des 1920 in Wien erschienenen Buches „Alexander v. Battenberg, sein Kampf mit den Zaren und Bismarck", hat dafür neue schlagende Beweise erbracht. Mündliche Aussprachen des Kanzlers mit dem Thronfolger scheinen dann die im Mai erneut zu Tage getretene Differenz äußerlich beglichen zu haben; als nach

[1]) Im Sommer 1892? Vgl. Hohenlohes Denkwürdigkeiten II. Band S. 488: „Berlin, 24. Juni 1892. Bleichröder hat Bismarck gefragt, wer denn an Caprivis Stelle treten solle, ob Eulenburg oder Waldersee. Darauf habe Bismarck geantwortet, Waldersee könne jetzt nicht Reichskanzler werden, weil das in Rußland und Frankreich als Krieg gedeutet würde."

dem Tode Kaiser Friedrichs freisinnige Berliner Blätter, Morgenluft witternd, auf einen Zwiespalt zwischen dem jungen Herrscher und dem ersten Diener der Krone, Waldersees wegen, hinwiesen, sandte Wilhelm II. Bismarck durch den Flügeladjutanten Oberstlt. Freiherrn v. Bissing am 22. Juni den Befehl, solchen Ausstreuungen in der der Regierung nahestehenden Presse energisch entgegenzutreten, und ließ den Kanzler, getreu ihren Unterredungen im Mai, von neuem versichern, daß er Waldersee nie, trotz der Wertschätzung für ihn, einen unberechtigten Einfluß auf die auswärtige Politik einräumen und keine Hofkamarilla aufkommen lassen werde[1]). Der Kuß, den Bismarck drei Tage später im Weißen Saale des Königlichen Schlosses nach der Verlesung der Thronrede[2]) sich tief verneigend auf die Hand des Monarchen drückte, sollte wohl ein öffentliches Dokument der wiederhergestellten guten Beziehungen und ein Zeichen des Dankes sein für die durch Freiherrn v. Bissing übermittelte weise Entschließung und für die Unterzeichnung des am 24. Juni vom Grafen Herbert entworfenen Briefes an Kaiser Franz Joseph: „Ich glaube im Interesse unserer Tendenzen zu handeln, wenn ich in ostensibler Weise alle in Rußland wie in Frankreich verbreiteten Verleumdungen unserer Friedensliebe dadurch widerlege, daß ich dem Kaiser Alexander in naher Zeit einen Besuch abstatte" (A. A. Nr. 1342). Vom 20. bis zum 24. Juli 1888 weilte Wilhelm II. als Gast des Zaren in Petersburg; Graf Herbert begleitete ihn und besprach mit Giers die auswärtige Lage ganz im Sinne des Reichskanzlers. Unter einem am 2. August mehreren deutschen Botschaftern zugesandten Bericht: „S. M. hat den Eindruck von Petersburg mitgenommen, daß weder der Status-quo im Orient noch der Frieden Deutschlands und seiner Verbündeten von einer Störung durch russische Angriffe oder Provokationen bedroht sei; betreffs Bulgarien werde der Zar wahrscheinlich die dortige Entwicklung der Dinge ohne russische Einmischung abwarten," schrieb der Monarch eigenhändig: „Einverstanden Wilhelm I. R. Friedrichsruh 1. VIII. 88." (A. A. Nr. 1349.)

---

[1]) Frhr. v. Bissing an Bismarck 22. Juni 1888 (Gedanken und Erinnerungen III. Band S. 171/172).

[2]) Die Thronrede war von Bismarck verfaßt. Als Bismarck sie am 21. Juni den Ministern vorlas, ließ er, wie Lucius v. Ballhausen (S. 468) notiert, etwas wie Bedauern durchscheinen, daß wir Österreich zuliebe Rußland nicht mehr entgegenkommen könnten.

Hat damals ein volles Einvernehmen der beiden Männer in der auswärtigen Politik wirklich bestanden? Ist es von Dauer gewesen? Man kann über ersteres im Zweifel sein, mit gewissen Vorbehalten, von denen noch zu sprechen sein wird, vielleicht ja sagen; die zweite Frage muß unbedingt verneint werden.

Vom 19. August 1888 ist ein vom Grafen Rantzau aufgesetztes Konzept eines Schreibens des Reichskanzlers an den Kaiser datiert (A. A. Nr. 1350) folgenden Inhalts: Zu dem Bericht des Hauptmanns Grafen Yorck vom 31. Juli betreffend die Verstärkung des Unteroffiziersstandes der russischen Armee habe S. M. bemerkt: es wäre von Interesse zu vergleichen, ob innerhalb des hier gegebenen Zeitabschnitts (bis 1890) die großen Schiffe im Schwarzen Meer fertiggestellt und seeklar gemacht sein werden; denn falls es an dem wäre, so würde ein Vorstoß auf Stambul eventuell durch Bulgarien nicht undenkbar sein. Das Auswärtige Amt werde Seiner Majestät die Meldung der Admiralität vorlegen, daß die russischen Schiffe im Schwarzen Meere im nächsten Frühjahr fertig sein sollen; die maritime Vorbereitung werde also mit der des Landheeres für 1890 koinzidieren. Daß die russische Politik sich für 1890 auf die Möglichkeit eines Vorstoßes gegen Konstantinopel vorbereite, dürfe aus wiederholten vertraulichen Äußerungen hochstehender Russen entnommen werden. Er, Bismarck, zweifle nicht an der russischen Absicht, den Vorstoß auf Konstantinopel zu machen und nach Fertigstellung der Schwarzemeerflotte, also im Anfang der 90er Jahre, den Zeitpunkt zur Aktion zu wählen, je nachdem die europäische Lage ihn angezeigt erscheinen lasse. Die deutsche Politik dürfe die Russen daran nicht hindern, sondern müsse das andern Mächten überlassen, wenn diese glaubten, es liege in ihrem Interesse; das unserige an der Bosporusfrage sei einen so großen Krieg nach zwei Fronten, wie der Bruch mit Rußland nach sich ziehen würde, nicht wert; „im Gegenteil, wenn Rußland sich dort einläßt, mindert sich seine Gefährlichkeit für uns durch Abziehung von unserer Grenze und durch die herausfordernde Spannung, in die es zu den Mittelmeermächten, namentlich zu England und auf die Länge auch zu Frankreich tritt." Dem Vormarsch durch Bulgarien würden die Russen wohl den durch Kleinasien und den Seeweg vorziehen; vorher werde man versuchen, die Pforte zur Annahme eines russischen Vertrages zu bewegen, der dem Sultan seine Besitzungen, den Russen aber die Verfügung über Schluß und Öffnung des Bosporus durch Besetzung einer festen

Position sichere. „Ist letzteres geschehen, so wird Rußland im Schwarzen Meer gesichert und seine Expansivkraft gegen Persien und Indien verwendbar sein. Damit ist dann für England die Unmöglichlichkeit gegeben, in seiner bisherigen Fiktion einer kühlen Zuschauerrolle zu verharren, und wir könnten abwarten, wie die Konstellation unter den übrigen Mächten sich gestaltet, da ein russischer Angriff auf Konstantinopel an sich noch keinen casus foederis zwischen Österreich und uns herstellt." Bismarck bat den Kaiser, dieses Schreiben, wenn er es gelesen habe, zu verbrennen, da es Dinge und Fragen berühre, die dem Papier besser nicht anvertraut würden, solange ihre tatsächliche Entwicklung nicht vorliege.

Irgendeine Stellungnahme des Kaisers hierzu verrät uns die Publikation des Auswärtigen Amtes nicht; daß aber Wilhelm II. nicht restlos zustimmte, ist anzunehmen. Die russischen Bosporuswünsche konnte er verstehen und war bereit, ihnen eventuell nichts in den Weg zu legen; als General v. Schweinitz am 28. April 1890 den ersten Eindruck der Nachricht vom Sturze Bismarcks in Petersburg schilderte und einfließen ließ: man wisse, daß der Fürst nichts dagegen gehabt haben würde, wenn Rußland den Arm nach dem „Schlüssel seines Hauses" ausgestreckt hätte, bemerkte Kaiser Wilhelm dazu am Rande: „ich auch nicht, wenn sie es nur offen tun" (A. A. Nr. 1365). Es scheint mir, daß er damit sagen wollte: gehen sie gerade auf ihr Ziel los, so sollen sie von uns unbehelligt bleiben, aber nicht, wenn sie ihren Weg durch Bulgarien nehmen; dort wollen auch die Österreicher ein Wort mitreden; an dem Regiment des in Wien genehmen Koburgers in Sofia darf nicht gerüttelt werden. Graf Herbert Bismarck, der den Kaiser im Oktober 1888 auch nach Wien begleitete, hatte am 4. d. M. eine Audienz bei Franz Joseph, der zu ihm sagte, er wundere sich, daß Prinz Ferdinand sich bis jetzt noch gehalten habe; er habe an eine so lange Dauer dieser Koburgschen Episode nicht geglaubt, könne aber damit schließlich nicht unzufrieden sein, da gegenwärtig wenigstens Ruhe und Ordnung in Bulgarien herrsche und dies alles sei, was er wünsche; als Herbert erwiderte, daß „wir" bezüglich Serbiens und Bulgariens nach wie vor an dem alten Rezept der Teilung der Interessensphären festhielten, wenn auch die beiden uns befreundeten kaiserlichen Regierungen seinerzeit davon nichts hätten wissen wollen, unterbrach ihn Franz Joseph lebhaft mit etwas gezwungenem Lachen: „Ich weiß wohl, daß dies die Idee ihres Vaters ist, ich habe mich damit

aber nie befreunden können und muß sie auch heute von mir weisen" (A. A. Nr. 1352), — sollte dem Deutschen Kaiser eine solche Denkart des Habsburgers unbekannt und gleichgültig gewesen sein? Schwerlich! In ihm sah er seinen besten Bundesgenossen, zu ihm wollte er stets halten, seine speziellen Interessen durch eine Protegierung des Battenbergers nicht verletzen, wohl aber einen Einmarsch der Russen in Bulgarien dulden? Durch den Rückversicherungsvertrag hatte Deutschland am 18. Juni 1887 die Legitimität des überwiegenden und entscheidenden Einflusses der Russen in Bulgarien, ihr Recht auf Errichtung einer regulären gesetzmäßigen Regierung daselbst anerkannt, dem jungen Hohenzollern, der fast genau ein Jahr später der Erbe der deutschen Kaiserkrone wurde, dem Duzfreund des Kronprinzen Rudolf, kann das vielleicht zur Not plausibel, aber nicht ganz lieb gewesen sein; ich möchte annehmen, daß ihn der Vertrag mit Rußland um dieser Bestimmung willen von dem Tage an, da er ihn kennen lernte, Unbehagen verursachte und daß nur der Respekt vor Bismarck ihn bestimmte, es immer wieder zu unterdrücken. Gerechnet hat er mit einem späteren Einmarsch der Russen in Bulgarien im Sommer 1888 ohne Zweifel; vollkommen beruhigt wird ihn des Kanzlers Brief vom 19. August d. J. kaum haben; in Wien ist er dann im Oktober wahrscheinlich neuen Einflüsterungen des Kronprinzen Rudolf und des Kaisers Franz Joseph nicht ganz unzugänglich geblieben.

Den Russen traute Wilhelm II. nun einmal nicht. Ein persönlich intimes Verhältnis zum Zaren hatte er nach Bismarck nicht gewinnen können. Wie ein Alp lag nach wie vor auf ihm die Besorgnis, daß die Deutschland und Österreich bedrohenden Panslawisten an der Newa einmal die Oberhand bekommen würden. Aus diesem Gedankenkreis heraus entsprang am 12. Mai 1889 sein Ausspruch zu den preußischen Ministern gelegentlich des westfälischen Bergarbeiterstreiks: wenn er russischer Kaiser wäre, würde er in diesem Moment der Hilflosigkeit über uns herfallen[1]). Der Toast des Zaren auf den bald darauf in Petersburg eingetroffenen Nikita: „Ich trinke auf die Gesundheit des Fürsten von Montenegro, des einzigen aufrichtigen und treuen Freundes Rußlands" und die erneute Hetze der russischen Presse gegen die Westmächte machte den deutschen Kaiser erst recht nervös. „Sehr ergrimmt" sprach

[1]) Lucius v. Ballhausen S. 497. Gedanken und Erinnerungen III. Band S. 59.

er sich Mitte Juni über die Frage der Zulassung der russischen Eisenbahnkonvertierungsanleihe bei der Berliner Börse aus und gab seinem Wunsch, sie verhindert zu sehen, mündlich und schriftlich wiederholt Ausdruck[1]); er befürchtete davon eine militärische Kräftigung unseres zum Kriege rüstenden Gegners. Bismarck dagegen hielt eine solche antirussische Haltung der Reichspolitik für bedenklich und schädlich; um die inneren und äußeren Reichsfeinde nicht zu ermutigen, die in Verstimmungen zwischen Deutschland und Rußland ihr Interesse sähen, ließ er dem Kaiser durch v. Boetticher von einem Eingreifen in diese interne Angelegenheit des Börsenvorstandes dringend abraten und untersagte, den allerhöchsten Unwillen nicht scheuend, jede amtliche Einwirkung auf die Sache[2]). Kurz vorher hatte Graf Philipp Eulenburg Herbert Bismarck anvertraut, der Kaiser halte die Politik des Kanzlers für zu russenfreundlich, und Herbert hatte erwidert, eine Politik auf „Stimmung" mache sein Vater nicht und gehe, wenn er das solle, lieber heut als morgen[3]), — die auswärtige Politik war also wieder ein sehr spitzer Stein des Anstoßes geworden.' Der Besuch des Zaren in Berlin Mitte Oktober 1889 und die Frage seiner Erwiderung durch Wilhelm II. gab dann aufs neue Anlaß zu einem unfreundlichen Wortwechsel[4]). Im Januar 1890 beklagte sich nach dem Grafen Lerchenfeld S. M. darüber, daß Bismarck trotz aller üblen Erfahrungen immer wieder mit Rußland anzuknüpfen suche und daß darüber die Beziehungen zu Österreich vernachlässigt würden; die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" habe am 9. Januar einen Artikel aus der „Petersburger Zeitung" abgedruckt, der die Politik des Kanzlers im Gegensatz zu andern Strömungen bespreche; das habe den Kaiser sehr verstimmt und die Norddeutsche Allgemeine auf seinen Befehl in einer späteren Nummer einen abschwächenden Kommentar bringen müssen. Im Februar wurde dann die Frage einer Erneuerung des Rückversicherungsvertrages akut und von russischer Seite in Anregung gebracht; Bismarck erwiderte dem Grafen Schuwalow am 10. d. M., daß er an sich für die Erhaltung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland entbehrlich gewesen sei, aber er befürwortete doch, da der Vertrag nun einmal existiere, sein Weiterbestehen zur Bekräftigung der beiderseitigen in den alten Geleisen

[1]) Eppstein S. 105 und 108. [2]) Ebenda S. 112—115.
[3]) Gedanken und Erinnerungen III. Band S. 142—143.
[4]) Ebenda S. 144—145.

fortschreitenden Politik; die deutsche lasse den Russen, soweit sie nicht die territoriale Integrität Österreich-Ungarns bedrohten, vollkommen freie Hand: „ich habe weder an Bulgarien noch an Konstantinopel ein Interesse; Ihr könnt dort machen, was Ihr wollt[1])".

War das auch ganz die Meinung des Kaisers? Er hat doch den Rückversicherungsvertrag nicht erneuert, und in welche Aufregung versetzten ihn die „Kiewer Depeschen"!

Am 15. März waren 20 Berichte des deutschen Konsuls Raffauf aus Kiew in der Wilhelmstraße eingetroffen; am folgenden Tage hatte Bismarck fünf davon militärischen Inhalts ausgewählt und noch am 16. März dem Kaiser zugehen lassen. Julius v. Eckardts Behauptung, die Wilhelm Schüßler übernommen hat, Bismarck habe dem Kaiser die wichtigsten Nachrichten vorenthalten wollen, dann aber, von guten Freunden gewarnt, ein paar belanglose Stücke doch noch rechtzeitig ins Schloß geschickt, ist nach der Publikation des Auswärtigen Amtes eine Legende[2]).

Raffauf berichtete aus Kiew am 3. März (A. A. Nr. 1360): „Eurer Durchlaucht wird bereits gemeldet worden sein, daß im Sommer d. J. in der Umgegend von Kowno (Gouvernement Wolhynien) in Gegenwart des russischen Kaisers große Manöver stattfinden werden. An diesen Übungen sollen vier Armeekorps teilnehmen" — Kaiser Wilhelm, der, vermutlich durch den Generalstab, davon schon gehört hatte, schrieb an den Rand: „6!" — „aus dem Warschauer, Wilnaer und Kiewer Militärbezirke, darunter die in Kiew stehende 33. Infanterie-Division," — „außerdem," fügte S. M. hinzu, „vier Kavallerie-Divisionen und zwei Kosaken-Divisionen, im ganzen 180 Bataillone und 400 Geschütze. Eine größere Drohung ist noch keinem Staate im Frieden von einem andern geboten worden!" Raffauf fuhr fort: „In hohen militärischen Kreisen sagt man, daß diese Exerzitien veranstaltet würden pour passer devant le nez des Autrichiens" — „peut-être sur," glossierte der Kaiser —, ging es nicht um Sein oder Nichtsein der habsburgischen Monarchie?

---

[1]) Grenzboten 80. Jahrgang 2. Vierteljahr 1921 S. 95 (Saburow und die russischen Staatsakten über die russisch-deutschen Beziehungen von 1879—1890, mitgeteilt von Richard Fester) oder Januarheft 1920 von The American Historical Review (Goriainow The end of the Alliance of the Emperors).

[2]) 6. Band S. 362—363 Anmerkung. Bismarcks Darstellung im III. Bande der Gedanken und Erinnerungen ist also auch ungenau, ganz falsch aber die in den Erinnerungen von Julius von Eckardt „Aus den Tagen von Bismarcks Kampf gegen Caprivi", Leipzig 1920.

Schon jetzt, meldete Raffauf, verlaute in Kiewer Offizierskreisen, daß zum Frühjahr starke Schiebungen von Infanterie und Kavallerie nach dem wolhynischen Festungsdreieck und weiter nach Podolien hin in Aussicht genommen seien, — „es ist dies," so ein weiteres kaiserliches Marginal, „der Anfang des Aufmarsches zum Kriege! Caveant consules! Da der Punkt der österreichischen Grenze, an welchem die Konzentration stattfindet, der schwächste und am weitesten entfernt liegende ist! Mit einer solchen Truppenmacht kann man, überraschend eingefallen, direkt bis Wien, ohne aufgehalten zu werden, durchstoßen." Am Kopf des Schriftstücks bemerkte der Monarch: „Generalstab zum Vortrag — sehr bedenklich —. Wien sofort mitteilen." Das Handbillet, mit dem er die Berichte am Morgen des 17. März dem Kanzler zurückschickte, ist bekannt; auch hierin sprach Wilhelm II. von einer furchtbar drohenden Gefahr. Bismarck machte er es zum Vorwurf, daß er ihm so wenige von den Kiewer Berichten zugesandt habe. Umgehend antwortete der Fürst (A. A. Nr. 1362): Berichte militärischen Inhalts aus Kiew, die S. M. oder der Chef des Generalstabes nicht erhalten hätten, seien nicht vorhanden, die ganze letzte Sendung des Konsuls lege er hiermit vor; sie behandle nicht militärische Dinge. Hinzu tat Bismarck noch eine Ausarbeitung des deutschen Generalstabes vom 30. November 1887, welche damals schon die Überzeugung aussprach, daß die Russen den Aufmarsch der Armee seit Anfang 1887 ins Werk setzten; der Frieden sei inzwischen drei Jahre erhalten geblieben; Deutschlands Beziehungen zu Rußland hätten sich sogar wesentlich gebessert. Das Mißtrauen gegen den Zaren entbehre der Berechtigung; in Österreich werde man wohl auch über die russischen militärischen Maßnahmen sicherere Nachrichten haben, als sie die Informationen des Konsuls in Kiew zu geben vermöchten. Er, Bismarck, bedaure, daß S. M. seine Überzeugung nicht mehr teile, daß russische Truppenschiebungen nach dem Südwesten uns eher eine Erleichterung bedeuten, weil sie anderen Zielen zu dienen bestimmt seien als der Aufnahme eines Kampfes mit der deutschen Macht. Das Ganze war ein in der Form ehrerbietiger, sachlich sehr scharfer Protest gegen die Auffassung des Kaisers, daß die Russen im vollsten strategischen Aufmarsch seien, um zum Kriege zu schreiten. Was hat er genützt?

Am Nachmittag des 18. März reichte Bismarck das vom Kaiser verlangte Abschiedsgesuch ein; Wilhelm II. nahm es an und

teilte am Abend desselben Tages den ins Schloß befohlenen kommandierenden Generälen die Neuigkeit mit, indem er hinzufügte, Rußland wolle Bulgarien militärisch besetzen und dabei die Neutralität Deutschlands haben; die Besetzung Buglariens durch die Russen sei der Krieg mit Österreich und er könne dies nicht im Stiche lassen; Bismarck habe es gewollt; er, der Kaiser, dagegen gehe mit Österreich, selbst auf die Gefahr hin, mit Rußland und Frankreich in einen Krieg verwickelt zu werden[1]). Die Generäle schwiegen; erst beim Weggehen wagte Moltke ein paar Worte des Bedauerns und der Sorge zu sprechen: „Der junge Herr," so soll er gesagt haben[2]), „wird uns noch manches zu raten aufgeben." Nun, er gab es nicht nur den kommandierenden Generälen auf; er gibt es auch den Historikern.

Am 17. März war Graf Schuwalow, vom Zaren ermächtigt, mit Bismarck über die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages zu verhandeln, aus Petersburg in Berlin wieder eingetroffen; als er von der bevorstehenden Entlassung des Fürsten erfuhr, erklärte er am 19., nun erst neue Weisungen von seiner Regierung einholen zu müssen; erhielten der Kanzler und sein Sohn den Abschied, so würden die Eröffnungen, mit denen er beauftragt sei, ins Wasser fallen[3]). Am folgenden Tage erfuhr dies der Kaiser durch einen eigenhändigen Bericht des Grafen Herbert; umgehend schickte er einen Boten zu Schuwalow und bat ihn für den nächsten Morgen zu sich. Am 21. März bald nach 8 Uhr empfing er den russischen Botschafter und ersuchte ihn, dem Zaren zu melden, er sei ganz geneigt, das Abkommen zu erneuern, da seine Politik die gleiche bleiben solle wie zu Zeiten Wilhelms I; Schuwalow möge die Verhandlungen mit Herbert, den er halten zu können hoffe, wieder aufnehmen. „Ich war," sagte er, „über Ihre Unterhaltung mit Fürst Bismarck (am 10. Februar) informiert, und der Kanzler war auch bevollmächtigt, die Verhandlungen zu dem beabsichtigten Abschluß zu führen. Nichts hat sich geändert, und ich zähle auf Ihre Freundschaft, die Lage dem Kaiser vorzutragen mit der Versicherung,

---

[1]) Hohenlohe Denkwürdigkeiten II. Band S. 466.

[2]) Gedanken und Erinnerungen III. Band S. 100.

[3]) Ebenda S. 101 und Hermann Hofmann Fürst Bismarck 1890—1898 I. Band S. 113. Das Folgende nach dem Grenzboten 80. Jahrgang 2. Vierteljahr S. 96—97.

daß sich nichts geändert habe weder in meinen persönlichen Gefühlen für ihn noch in meiner Politik gegenüber Rußland."

Hatte sich wirklich nichts geändert?

In dem persönlichen Verhältnis der beiden Monarchen doch wohl, nachdem Wilhelm II. am 15. März in den Hatzfeldschen Berichten, die ihm Bismarck zeigte, die abfälligen Äußerungen des Zaren über ihn, den deutschen Kaiser, gelesen hatte, die, wie Bismarck schreibt, ihn mit Recht verletzen mußten; was er am 21. März zu Schuwalow sagte: „Ihr Kaiser ist zu gut gegen mich gewesen, als daß ich ihn anders als persönlich über die durch die jüngsten Ereignisse geschaffene Lage unterrichten möchte," kann nur als eine Floskel gewertet, als ein Versuch betrachtet werden, die wahre Meinung zu verbergen. Und Wilhelms II. Politik gegenüber Rußland? Sie war vor dem Eintreffen der Kiewer Berichte ohne Zweifel auf Erneuerung des Rückversicherungsvertrages eingestellt, vielleicht mit einigen Modifikationen, aber am 17., 18. und 19. März 1890? Wer hätte in jenen Tagen den Russen feindlicher gesinnt sein können als der schon beinahe „Sprung auf! marsch marsch!" kommandierende oberste Kriegsherr, der treue Bundesgenosse der Habsburger? Am 20. ist er dann wieder stutzig geworden, hat sich offenbar gefürchtet vor einem gänzlichen Zerreißen des Drahtes nach Rußland; er hat Herbert zum Bleiben zu bestimmen versucht, damit die Verhandlungen mit Schuwalow wieder aufgenommen und zu einem guten Ende geführt werden könnten. Als Herbert bei seiner Weigerung verharrte und im Auswärtigen Amt nun die Gegner einer Erneuerung des Rückversicherungsvertrages, die Holstein, Raschdau, Berchem, obenaufkamen, ist Wilhelm II. dann aufs neue andern Sinnes geworden und hat seine Zustimmung dazu gegeben, daß der Vertrag am 18. Juni einfach ablief; im Juni 1892 hat er, wie kürzlich durch einen in der „Wiener Neuen Presse" veröffentlichten Bericht des österreichischen Militärbevollmächtigten in Berlin bekannt geworden ist[1]), schroff übertreibend gesagt: „Fürst Bismarck war immer Russe, ist Russe und wird immer Russe bleiben und in seinem Herzen ein entschiedener Gegner Österreichs." Das war Uriasbriefstimmung.

Bismarck liebte — wir sahen es — die Russen wahrhaftig nicht, traute ihnen auch nicht, überschätzte keineswegs die den Frieden

[1]) Ich entnehme den Wortlaut einem Abdruck in der Abendausgabe der Vossischen Zeitung vom 13. April 1922.

sichernde Kraft des Rückversicherungsvertrages; er suchte die gegen das Zarenreich gerichtete Koalition immer mehr zu verstärken, vor allem England zur Aktion zu verpflichten im Falle eines Kampfes; aber um so ruhiger betrachtete er nun alle Provokationen des östlichen Nachbarn, ließ sich durch sie nicht ins Bockshorn jagen und aus seiner abwartenden Stellung nicht herausdrängen; er war ganz Disziplin, beherrschte Männlichkeit, Besonnenheit, klarer Kopf, kalter Intellekt, wenigstens als Leiter der auswärtigen Politik. Im Verhalten Wilhelms II. dagegen ist etwas Unstetes, Sprunghaftes, Unzuverlässiges, Feminines; er ist die typische Nervosität, Sensibilität, Sentimentalität; er ist ungewöhnlich abhängig von starken äußeren Eindrücken, von Eingebungen des Moments, von Stimmungen, ein schwankendes Rohr, ein Spielball der allmächtigen Stunden, leicht aus dem Gleichgewicht zu bringen und dann hingegeben dem überwallenden Gefühl. Bismarcks Politik war die der kühlen Berechnung, der vollen Wahrung der nationalen Interessen, ihrer absoluten Autonomie; Wilhelm II. wollte sie zwar nach seinem Brief vom 10. Mai 1888 gleichfalls, aber er machte sie unmöglich durch die Oszillationen seines nur zu leicht auf jeden Reiz reagierenden Geistes, seine Sym- und Antipathien; seine Politik wurde dadurch zugleich nach der einen Seite schwankend und unsicher, nach der andern gebunden und starr, unselbständig, undeutsch, eine Politik des Leitseils im Gegensatz zu Bismarcks kaltblütiger Politik der Schutzdeiche, der nationalen Unabhängigkeit. Zusammenstehen mit Österreich: das war das A und O der kaiserlichen, halb aus vernünftiger Erwägung halb aus romantischer Verehrung für Franz Joseph, persönlichem Freundschaftsgefühl für Kronprinz Rudolf, dynastischem Solidaritätsempfinden und Versöhnungsidealismus entsprungenen Politik; Nibelungentreue mußten seiner Meinung nach die Hohenzollern den 1866 Besiegten und 1879 Verbündeten halten, Treue bis zum Tode, wenn es sein mußte, zum gemeinsamen Untergang, mußten für Österreich mit auf der Wacht stehen, daß es nicht dazu komme. So wurde der Prinz Wilhelm am Ausgang des Jahres 1887 besorgt um die habsburgische Monarchie und wäre freudig bereit gewesen, im Winter an der Seite unseres „besten" Alliierten ins Feld zu ziehen; so empfand er offenbar auch Mitte März 1890 und drängte, schon ehe er aufs neue eine russische Offensive witterte, zu einer schnellen Einigung mit den Briten über Ostafrika und Helgoland; am 22. März trug er zu Ehren des in der deutschen Hauptstadt zum Besuch

weilenden Prinzen von Wales die ihm jüngst verliehene Uniform eines englischen Admirals und erinnerte in seinem Toast bedeutsam an die Waffenbrüderschaft der Deutschen und Briten bei Waterloo[1]). Engere Beziehungen zum britischen Reiche anzubahnen, hatte auch Bismarck nie versäumt; das ganze Ziel der deutschen Politik, sagte er, freilich etwas übertreibend, im August 1889 zu dem nach Berlin gekommenen Franz Joseph[2]), seit zehn Jahren sei, England für den Dreibund zu gewinnen; der Zeitpunkt, zu dem Rußland gegen Indien vorgehen könne, lag für ihn noch in weiter Ferne. Während aber Wilhelm II. 1890 die Gewinnung der Briten mit Feuereifer betrieb, hatte sie für Bismarck gar keine Eile; denn er hatte die Überzeugung, „daß die Freundschaft Englands für uns zwar von hohem Werte, die Freundschaft Deutschlands für England aber unter allen Umständen von noch höherem sei," und er wollte sie daher den Briten so teuer wie möglich verkaufen; Bülows Wort von der Landsknechtsrolle im Dienste Englands, zu der sich unser Volk nicht hergeben dürfe, ist ganz im Sinne Bismarcks gedacht. Deutschlands Verhältnis zu den Briten ist, so viel wir wissen, im Frühjahr 1890 zwischen Kaiser und Kanzler nicht Gegenstand einer Kontroverse gewesen, den Vertrag mit Rußland zu erneuern war Wilhelm II. im Februar und März bis auf die stürmischen Tage in der Mitte des letzteren Monats bereit, — dennoch hatte der Kaiser kein Recht, am 3. April an Franz Joseph zu schreiben, daß es keine Frage der auswärtigen Politik war, die zwischen ihm und Bismarck Veranlassung zu Meinungsverschiedenheiten bot, sondern rein innere, meist taktische Gesichtspunkte; auch Hans Delbrück kann ich nicht zustimmen, der noch im April 1920 in den Preußischen Jahrbüchern behauptete: „Die Differenzen auf diesem Gebiete waren so unwesentlich, daß sich bei dem beiderseitig vorhandenen guten Willen sehr leicht eine Einigung hätte herstellen lassen." Von dem guten Willen des Kaisers und Kanzlers, sich zu verständigen, wird im nächsten Abschnitt die Rede sein; in dem Wunsche, das Werk von 1870/71 nach besten Kräften zu schützen und zu sichern, stimmten sie natürlich überein, und doch disharmonierten sie auch als Außenpolitiker recht beträchtlich, vor allem in der Beurteilung der

[1]) Hohenlohes Denkwürdigkeiten II S. 463: „Moltke sagte mir dann: ‚Goethe sagt: Ein politisch Lied ein garstig Lied'. Auch sprach er die Hoffnung aus, daß diese Rede nicht in der Zeitung erscheinen werde."

[2]) Lucius v. Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen S. 500.

russischen Verhältnisse und der Möglichkeiten, einem von Osten her kommenden Unheil zu begegnen. Wilhelm II. fürchtete die Explosivkraft des Panslawismus: er glaubte nicht an ein dauerndes Verbleiben der höchsten Gewalt oder wenigstens der letzten Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen des Zaren; er traute wohl auch Alexander III. persönlich nicht ganz und sah ihn im Geist immer wieder in Abhängigkeit geraten von deutschfeindlichen Hetzern. Bismarck hielt eine Revolution in Rußland gleichfalls für möglich, aber nicht für nahe bevorstehend; solange die Romanows regierten, erschien es ihm ratsam und erreichbar, sich gut mit ihnen zu stellen, die Traditionen der heiligen Allianz zu erhalten, einen feindlichen Zusammenstoß zwischen uns und unserem östlichen Nachbar abzuwenden; es ist ihm tatsächlich gelungen, aufsteigende Antipathien des außerordentlich mißtrauischen dritten Alexander immer wieder zu zerstreuen; Bismarcks Entlassung wirkte in Petersburg sehr deprimierend. Wilhelm II. glaubte an einen der Ausführung nahen russischen Plan zur Zertrümmerung der habsburgischen Monarchie; ihn vereiteln zu helfen erschien ihm als eine Hauptaufgabe der Hohenzollern; wahrscheinlich dachte er noch 1890 wie im Mai 1888: je früher der Krieg kommt, um so besser. Bismarck dagegen meinte: ist er nicht zu verhüten, so muß er wenigstens so lange als möglich hinausgeschoben und Deutschland nur, wenn der casus foederis eintritt oder wenn Österreich-Ungarns Bestand wirklich gefährdet ist, mit hinein verwickelt werden; vorläufig sah er in den russisch-österreichischen Reibereien nur ein „Sich zerchen" zweier eifersüchtiger Rivalen; er hielt das deutsch-österreichische Bündnis und die Oriententente für stark genug, um ein Duell zwischen den beiden Kampfhähnen, das dann leicht in eine allgemeine Schlägerei ausarten könne, zu verhüten. Bismarck verharrte auf dem Standpunkt, den er am 23. März 1888 vor Kaiser Friedrich in Besorgnis kommender englischer Einflüsse so energisch betont hatte: „Ich kann nur eine deutsche, nicht aber eine fremde Politik machen." Wilhelm II. hatte optiert für die habsburgische Monarchie[1]); Deutschlands Uninteressiertheit in Bulgarien und die Ansicht des Reichskanzlers; gehe Österreich aus eigenem Entschlusse aggressiv gegen Rußland vor, so könne Deutschland eine Weile abseits stehen bleiben, sagte

[1]) Nicht erst 1890, wie Hans Rothfels in seinem geistvollen Aufsatz „Zur Geschichte des Rückversicherungsvertrages" 1922 im Märzheft der Preußischen Jahrbücher ausgeführt hat.

dem Kaiser ebensowenig zu wie dem Großherzog von Baden und ließ beide vermuten, Bismarck wünsche eigentlich die Allianz mit Österreich aufzulösen, sich ganz an Rußland anzuschließen und die habsburgische Monarchie ihrem Schicksal zu überlassen[1]). Gedacht hat Bismarck auch an solche Möglichkeit[2]); näher getreten ist er ihr aber im Frühjahr 1890 noch weniger als der Staatsstreichidee; einen Verzicht auf das Bündnis mit Österreich plante er nicht, und darüber ist es zwischen ihm und dem jungen Kaiser zum Streit nicht gekommen. Zu seinen besonderen Anlässen hat die auswärtige Politik nach Bismarcks Rückkehr aus Friedrichsruh, wie es scheint, überhaupt nichts beigetragen; als am 16. März die Kiewer Berichte dem Kaiser zu Gesicht kamen, hatte er mit dem Kanzler bereits endgültig gebrochen; sie haben ihn nur mitbestimmt, den General v. Hahnke zum zweiten Male und dann noch Lucanus zu Bismarck zu schicken und ihn aufzufordern, sofort seinen Abschied einzureichen. Aber als Untergrund des ganzen Konfliktes hat die auswärtige Politik doch eine sehr wichtige Rolle gespielt; ein Bruch zwischen dem kriegslustigen österreichfreundlichen jungen Kaiser und dem gewissermaßen „pazifistischen," unabhängige deutsche Interessenpolitik treibenden Kanzler war schließlich nicht zu vermeiden.

Wie stand es nun mit dem beiderseitigen guten Willen sich zu einigen?

Der Kampf um die Macht.

Am 4. März 1890 war Graf Hohenthal von Bismarck halb und halb zur Rede gestellt worden, warum der Seiner Majestät durch v. Boetticher übermittelte sächsische Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes ihm, dem Präsidenten des Bundesrats, noch nicht eingereicht worden sei, und vorher schon hatte der Kanzler, des Kaisers

---

[1]) Hohenlohe Denkwürdigkeiten II S. 456 und 458. Äußerungen des Großherzogs von Baden zu Hohenlohe im Juni und August 1889. Man vergleiche damit den Vortrag des Grafen Herbert Bismarck in der Staatsministerialsitzung des 27. Oktober 1888 bei Lucius S. 480 über die wenig befriedigenden Verhältnisse in Österreich: „Die Basis des österreichischen Bündnisses verflüchtige sich, weil es an innerer Stärke verliere."

[2]) Vergleiche das Schlußkapitel des 3. Bandes der Gedanken und Erinnerungen. Er schlägt aber hier die Politik der freien Hand nur vor für den Fall, daß „Deutschlands politische Liebe zu Österreich unerwidert bliebe." (S. 155.)

Kreise störend, die Schweizer Regierung in ihrem Plan, eine internationale Konferenz nach Bern zu berufen, zu bestärken gesucht. Wilhelms II. Antwort darauf waren die am 5. März beim Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtages gesprochenen Worte: „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich," und kurz darauf die Auszeichnung v. Boettichers durch den Schwarzen Adlerorden. Bereits einige Tage früher hatte Bismarck auf die Kabinettsordre Friedrich Wilhelms IV. vom 8. September 1852 zurückgegriffen und dadurch den Verkehr der einzelnen Minister mit dem Monarchen wieder unter scharfe Kontrolle des Ministerpräsidenten zu bringen versucht; es war wie das an die Staatssekretäre ergangene Verbot der Unterzeichnung von Immediatberichten und Anträgen an den Bundesrat ohne Wissen des Kanzlers eine Maßregel zu strafferer Konzentrierung der gesamten Politik in der Hand des ersten Dieners der Krone; dem Träger dieser selbst wurde dadurch die Möglichkeit eines Gedankenaustausches mit den an zweiter Stelle zu seinen Beratern Berufenen über den Kopf des Kanzlers hinweg erheblich beschnitten und Wilhelm II. dadurch vielleicht noch mehr in Harnisch gebracht als durch die Mitteilung, die ihm der Schweizer Gesandte Dr. Roth und der sächsische Graf Hohenthal oder an des letzteren Stelle v. Boetticher über die von Bismarck gelegten Kontreminen machten. Endlich war am 12. März der dem Monarchen damals so unsympathische Windthorst bei Bismarck gewesen; der Kaiser hatte von diesem Besuch nur durch die Zeitungen erfahren und den Kanzler drei Tage später zur Rede gestellt, ohne bei ihm mit seinem Wunsch, über solche Begegnungen vorher unterrichtet zu werden, Gehör zu finden; die Nichtigerklärung der Kabinettsordre von 1852, die er verlangte, lehnte Bismarck gleichfalls ab. Am 16. März erschien General v. Hahnke im Kanzlerpalais und überbrachte die erneute Forderung des Herrschers, die ihn einengende Ordre müsse außer Kraft gesetzt werden, am Morgen des 17. nochmals mit dem Befehl, sofort um seinen Abschied einzukommen, falls er auf dem tags zuvor Hahnke gegebenen Bescheide beharre, — der Bruch war bereits perfekt und irreparabel, als Bismarck die Kiewer „Depeschen" ins Königliche Schloß schickte; eine Bedeutung als aktives Element haben sie kaum noch gehabt[1]); sie brauchten dem Faß den Boden gar nicht erst auszustoßen.

---

[1]) Bei Bismarck wohl eher als beim Kaiser. Nach des letzteren Handbillet sträubte sich Bismarck nicht mehr sein Abschiedsgesuch einzureichen, weil

Hat das die innere Politik getan? Gewiß erzeugte sie im Frühjahr 1889 bei der Streikbehandlungsfrage einen tiefen Sprung in dem noch leidlich guten Verhältnis der beiden Männer, und dieser dehnte sich seit dem Herbst immer mehr aus; Ende Januar, Anfang Februar verschärfte sie den Gegensatz außerordentlich; damals bereits eröffnete der Kaiser dem General v. Caprivi, daß er ihn als Reichskanzler in Aussicht genommen habe[1]); Bismarck hat sich schon am 8. d. M. bereit erklärt, sich mehr und mehr von den Geschäften zurückzuziehen und in absehbarer Zeit ganz seinen Abschied zu nehmen. „Aber" — so faßte Graf Lerchenfeld am 29. März 1890 seine Auffassung von den Ursachen des Dramas, das nun zum Abschluß gekommen war, treffend zusammen — „sie war von vornherein mehr die äußere Veranlassung als der innere Grund des Streites zwischen Kaiser und Kanzler, und sie trat auch gegen das Ende so sehr in den Hintergrund, daß sich schließlich die Krisis deutlich als das zeigte, was sie wohl von Anfang an war: ein Kampf um die Macht."

Zwei Herrschernaturen rangen um sie miteinander, beide Herrscher von Gottesgnaden, der eine durch seine prinzliche Geburt, der andere durch die ihm in die Wiege gelegten Geistesgaben, keiner sonderlich befähigt zur Nachgiebigkeit und zur Unterordnung, der eine pochend auf seine reiche Lebenserfahrung, der andere auf das Recht seiner hohen Stellung und den sittlichen Kern seines jugendlichen Idealismus, keiner dem andern zuletzt mehr recht trauend, jeder daher fest entschlossen, nichts zu opfern von der Macht, die in seinen Händen ruhte, vielmehr die des anderen möglichst zu beschneiden. Auf kaiserlicher Seite tritt das deutlich zu tage schon in der Äußerung des Prinzen Wilhelm zum Finanzminister Scholz im Dezember 1887. Die Wahrscheinlichkeit, daß es mit seinem Vater bald zu Ende ging, die Ordre Wilhelms I. vom 17. November, welche die Vertretung des Kaisers in Behinderungsfällen auf den Enkel übertrug, hatten sein Selbstgefühl und seinen Betätigungsdrang stark angestachelt; er zeigte in den letzten Wochen dieses Jahres bereits die Nervosität eines Thronfolgers, der gewillt ist, die Welt von sich reden zu machen. Lucius v. Ballhausen hat uns manches wert-

er nun auf eine Meinungsverschiedenheit auch in der auswärtigen Politik hinweisen und den Kaiser — er wollte das Gesuch ja veröffentlichen — vor dem deutschen Volke vollends ins Unrecht setzen konnte.

[1]) Süddeutsche Monatshefte, Dezember 1921 S. 140 Anmerkung 3.

volle Zeugnis zur Charakteristik des dann am 15. Juni 1888 zur Regierung Gelangten übermittelt: „S. M. handelt rasch und völlig selbständig" (S. 471), „Der hohe Herr weiß offenbar, was er will, und ist in seinen Entschlüssen fest und schnell, in der Armee wird enorm aufgeräumt" (S. 474), „Selbstherrlichkeit", meinte General v. Versen, „sei ein prominenter Zug an ihm, er werde häufig Kronrat halten und persönlich präsidieren, um selbst die Meinungen der Minister zu erfahren; sonst würde er sich überhaupt nicht darüber belehren können, und es würde dann das Staatsministerium gegen ihn ausgespielt werden können" — ahnungsvoll fügte Lucius hinzu: „das ging offenbar auf Bismarck" (S. 475). Und dieser? Er hat im dritten Bande der Gedanken und Erinnerungen betont, es wäre ihm an sich nicht schwer gefallen, auch einem jüngeren Monarchen zu dienen, aber wir wissen es ja alle: auch für einen alten wie Wilhelm I. war es nicht leicht, „unter einem Bismarck Kaiser zu sein"; der wollte Musik machen, wie sie ihm paßte, oder gar keine, wäre am liebsten selbst „Landgraf" gewesen; zum Grafen Hohenthal sagte er am 4. März 1890, er könne nicht zugeben, daß man ihn bereits vor seinem Tode in den Sarg lege. „In meinem Alter hing ich nicht an meinem Posten, nur an meiner Pflicht", schrieb er im dritten Bande der Gedanken und Erinnerungen; daß ihn früher auch Herrschsucht erfüllte, gab er also noch an seinem Lebensabend zu, und ganz war der Hausmeier in dem ehrgeizigen Manne sicherlich auch 1890 nicht erstorben; „in den langen Jahren absoluter Macht hatte sich", wie Lerchenfeld es am 27. März 1890 ausdrückte, „seine Schöpfung mit der eigenen Person identifiziert". Aber ebenso gewiß ist das starke Verantwortlichkeitsgefühl, das in ihm lebte, das Pflichtbewußtsein des nun einmal an das Steuer gestellten Lotsen; es erfüllte ihn ganz besonders in Augenblicken gesteigerter Gefahr und konnte ihn dann brüsk und schroff machen auch dem kommandierenden Kapitän gegenüber; er hat den ihm schuldigen Ton der Ehrfurcht oft verletzt und und dadurch die Zusammenarbeit außerordentlich erschwert, — „es war eine hanebüchene Zeit," konnte Wilhelm II. am 24. April 1890 rückblickend mit Recht zu Hohenlohe sagen.

Aber hatte Bismarck nicht auch Grund dazu, die ‚Stacheln herauszukehren, sich das Dreinreden energisch zu verbitten? War er nicht berechtigt, den jungen Monarchen mit einem Kapitän zu vergleichen, der mit brennender Zigarre auf einem Pulverfaß sitzt?

Die wie ein Mosaik wirkende Charakteristik, die er im 10. Kapitel des dritten Bandes von Kaiser Wilhelm II. entwirft, ist ohne Zweifel ein Zerrbild, aber was Lucius in seinem Tagebuch an Urteilen über den Prinzen Wilhelm, den Kronprinzen, den jungen Herrscher zusammenträgt, stimmt doch nachdenklich, zwingt zu erneuter Nachprüfung der Bismarckschen Herbheiten, vermag den Eindruck eines wenigstens zunächst noch völlig unreifen Regenten nicht zu verwischen. So vor allem die noch Mitte Dezember 1888 gefallenen Äußerungen des Fürsten von Lippe-Detmold: S. M. neige bei seinem jugendlichen Feuer und seiner schnellen Auffassung sehr zu Übereilungen. Das sei eine große Gefahr. Er habe keine Vorliebe für graue Köpfe und sage selbst, jetzt verjünge er die Armee, an die Minister und die Zivilverwaltung werde er später kommen. Noch höre er auf den Fürsten Bismarck, aber wie lange werde das dauern? Auch die nach Wien gesandten Berichte des Grafen Széchenyi sind nicht günstig für den Kaiser. Beachtung verdient besonders das Urteil seines ersten Leibarztes, des Dr. Leuthold, die Fehler des Monarchen hätten ihren Grund darin, daß er zu lange in Potsdam gelebt habe, die Welt nicht kenne und alle Dinge blos vom Standpunkt des früheren Husarenobersten beurteile. Dies traf auf des Prinzen Haltung während der russisch-österreichischen Kriegsgefahr gewiß ebenso zu wie Széchenyis Ansicht von Bismarcks Ungeschick in der Behandlung dieses jungen Menschen, der den Kanzler selbst gebeten habe, ihm stets offen und rückhaltslos seine Meinung zu sagen: „es geschah dies vielleicht zu sehr in der Weise eines Mentors, der den noch unerfahrenen Schüler von oben herab belehrt und hofmeistert.“[1])

Nachdem am 9. Februar 1888 in San Remo der Luftröhrenschnitt an dem todkranken Kronprinzen vollzogen war, hatte Prinz Wilhelm den Kanzler ersucht, ihm zu versprechen, wenn er einst den Thron besteige, ihm ein ebenso treuer und hingebender Diener sein zu wollen, wie er seinem Großvater gewesen; Bismarck hatte zugesagt unter der Bedingung, daß der Prinz, einmal Kaiser ge-

[1]) Preußische Jahrbücher 184. Band S. 305. Ein Bundesratsmitglied charakterisierte das Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler so: Hätte dieser sich beschränkt, dem Kaiser, der Trab fahren wollte, zu sagen: Ew. Majestät, es ist besser, Sie fahren Schritt, so hätte er gewiß darauf erwidert: Sie sind ein gewiegter, erfahrener Mann, ich werde Ihren Rat befolgen. Aber sich das Fahren ganz verwehren zu lassen, das konnte der Kaiser nicht vertragen (ebenda S. 305).

worden, sich auch wirklich seiner gereiften Erfahrung bediene und, ihr folgend, aus derselben Nutzen ziehe; ein Handschlag besiegelte diesen Pakt. Die zweite Verstimmung der beiden Männer im Mai ging wie die erste des Dezember und Januar vorüber, und der Juni und Juli 1888 brachte, wie Széchenyi nach Wien meldete, wahre „Flitterwochen" gegenseitiger Zuneigung, aber schon im August sahen wir es anläßlich des Berichts des Grafen Yorf am Horizont wieder aufblitzen, und die Geffckenaffäre mußte gleichfalls ätzend wirken; dann lesen wir bei Lucius zum 7. Dezember: „Der Fürst steuert das Ministerium in eine Differenz mit S. M. in der Frage der Erhöhung der Zivilliste," und kurz darauf zum 16. d. M. die pessimistischen Ahnungen des Lippe-Detmolders und die programmatischen Worte des Kaisers zu Bennigsen und Lucius: er verstehe zwar von der sozialen Frage noch nicht viel, glaube aber, der Schwerpunkt, der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben bestehe in der Reform und richtigen Organisation der Volksschule; Hinzpeter habe ihm erst kürzlich einen sehr interessanten Brief hierüber geschrieben. „Lupus in fabula", setzte Lucius hinzu; der geistige Urheber der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 taucht auf, der erste der unverantwortlichen Ratgeber, die dem Kanzler die Kreise seiner inneren Politik stören sollten, wie dann auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge noch der Graf Douglas, der Maler v. Heyden, der rheinische Oberpräsident v. Berlepsch; im Frühjahr 1889 bekam Bismarck ihren Einfluß auf den Monarchen zum ersten Male empfindlich zu spüren, im Sommer bei der Frage der Zulassung der russischen Papiere wieder den des Grafen Waldersee, im Herbst von neuem im verstärkten Maße den der Hinzpeterei. Die Beziehungen des Kaisers und Kanzlers verschlechterten sich nach dem Zarenbesuch rasch, und schon Ende Oktober konnte der Großherzog von Baden zu Hohenlohe sagen: „Der Kaiser hat den Fürsten auch bis hierher," und zwar meinte er: nicht nur bis zum Hals, sondern bis zu den Augenbrauen.

Bismarck und Wilhelm I. hatten es miteinander nicht leicht gehabt, Bismarck und Friedrich III. in den 99 Tagen kaum leichter; wäre dieser dem Kanzler zu liberale und von seiner Gemahlin völlig beherrschte Hohenzoller gesund und länger am Leben geblieben, so hätte höchstwahrscheinlich unter seiner oder vielmehr der Kaiserin Viktoria Regierung Bismarcks Kanzlerschaft bald ein gewaltsames Ende gefunden; ein Ende finden mußte sie aber früher oder später

unter Wilhelm II., der schon 1887 sich für fähig hielt, einmal sein eigener Kanzler zu werden, und „pariert muß werden" als Parole ausgab für seine künftige Regierung. „Es war," so sagt der Biograph Bismarcks, Erich Marcks, schlicht und treffend, „für beide Männer ein Schicksal, daß sie so nebeneinander stehen mußten; in Bismarck wirkte die Erbschaft seiner Königstreue, in Kaiser Wilhelm das Erlebnis von Bismarcks Größe, das auch seine Jugend durchströmt hatte, und doch trieb alles sie gegeneinander, sie mußten sich stoßen." Die Verschiedenheit der seelischen Konstitutionen, der aus Charakter, Temperament, Alter erfließende Gegensatz der Anschauungen ließ sich nicht überbrücken; der Wille beider Männer, sich durchzusetzen, spottete schließlich aller Ausgleichsversuche; im Grunde war es doch so, wie es der Großherzog von Baden und der Kaiser Hohenlohe gegenüber ausdrückten: es handelte sich zuletzt nur darum, ob die Dynastie Bismarck oder die Dynastie Hohenzollern regieren solle, zum mindesten ob ihre beiden derzeitigen Häupter, Otto oder Wilhelm.

Für wen hat man sich nun zu entscheiden? Die Antwort darauf ist nicht einfach. Die „Schuld", so weit von einer solchen die Rede sein kann, liegt offenbar auf beiden Seiten. Betrachten wir den durch ihre Natur und durch das Wesen der konstitutionellen Monarchie bedingten Machtkampf der beiden Männer noch etwas im einzelnen!

Was zunächst die Wahrung der Formen betrifft, so ist sie vielleicht dem Kaiser besser gelungen sowohl am 24. Januar, obwohl es beim zweiten Teil der Kronratsitzung — Lucius verrät es uns — auch in ihm kochte, wie am 15. März, an dem er, nach Bismarcks Bericht, schon im Begriff in den Wagen zu steigen, die Stufen wieder heraufsprang, um dem Kanzler lebhaft die Hand zu schütteln; er besaß schon in der Jugend zeitweise große Selbstbeherrschung, wenn er an die Öffentlichkeit trat, und wollte unter keinen Umständen in den Verdacht kommen, den Bruch herbeigeführt zu haben. Aber ging auch mit Bismarck das Temperament mehr durch, — entschuldigt ihn nicht die schwere Sorge um des Vaterlandes Wohl und Zukunft? Und wenn Wilhelm II. ihn wirklich einen rabotierenden Greis und Herbert einen Schuft genannt haben sollte, wie Széchenyi nach Wien berichtete[1]), — wiegt das nicht

[1]) Preußische Jahrbücher 184. Band S. 329.

alles auf, was der Kanzler zu und von seinem kaiserlichen Herrn sagte? Durfte dieser sich so, wie er es am 31. Januar 1890 tat[1]), zum Grafen Hohenthal über seinen ersten Diener beklagen, der ihm das Leben so schwer und das ganze Staatsministerium rebellisch mache, über den Ungehorsamen, der für seinen unqualifizierbaren Schritt entlassen zu werden verdiene? Durfte er zu Széchenyi von einem Kriegsgericht sprechen, vor das er ihn hätte stellen können, und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" mit strafrechtlicher Verfolgung des Schöpfers des deutschen Reiches drohen?[2]). Durfte er ihn am 3. April in dem Briefe an Franz Joseph einen ganz vom Dämon der Herrschsucht erfaßten alten Trotzkopf nennen, der jede Gelegenheit, welcher Natur sie war, benützte zum Kampf gegen den Monarchen? Durfte er sein weiteres Verbleiben im Amte an die Kassierung der Kabinettsorder von 1852 knüpfen, ihn, als er sich weigerte, einfach über Bord werfen, ihn „abschießen" wie andere alte „verbrauchte" Minister? Am Morgen des 15. März hat Bismarck den schuldigen Respekt sicherlich nicht gewahrt, ist ihm die Galle übergelaufen; entschuldigt wird er u. a. durch die falsche Annahme, der Kaiser habe seinen Besuch absichtlich nicht rechtzeitig angemeldet; eine Verkettung widriger Umstände brachte es mit sich, daß der Kanzler dem Herrscher von vornherein „in erstaunt-schroffer Haltung" entgegentrat[3]). Graf Lerchenfeld tadelte Bismarck, daß er zu lange Zeit fern vom Kaiser in Friedrichsruh geweilt habe, ohne auch nur den Versuch zu machen, wieder mehr Einfluß auf ihn zu gewinnen. Bismarck behauptete, es sei ihm von seinem Allerhöchsten Herrn wiederholt direkt und indirekt nahe gelegt worden, nicht nach Berlin zu kommen; daß er Anfang Dezember 1889 daran dachte, zeigt ein von Eppstein (S. 122) abgedruckter Brief Rottenburgs an Boetticher. In seinen Bemerkungen zu Boettichers Aufzeichnungen schiebt Rottenburg die Schuld auf den Grafen Herbert (S. 87–88); sie verteilt sich wohl auf mehrere Personen[4]).

Den Abgeordneten Windthorst in seiner Wohnung zu empfangen, war Bismarck ohne Zweifel berechtigt. Der Kaiser ging zu weit

[1]) Deutsche Rundschau, Februar 1922 S. 159.

[2]) Preußische Jahrbücher 184. Band S. 328 u. 334.

[3]) Eppstein S. 67 Anmerkung 41.

[4]) „Man hatte vor Schluß des Reichstages befürchtet, daß Bismarck nach Berlin kommen werde, um an die Nationalliberalen eine förmliche Absage zu richten, was der Partei noch einige Sitze mehr gekostet hätte" (Lerchenfelds Bericht vom 15. März 1890, Süddeutsche Monatshefte Dezember 1921 S. 160).

mit dem Verlangen, der Kanzler müsse vorher seine Erlaubnis dazu einholen. Das war eine unnötige Erschwerung der Aufgabe, „den Feind zu rekognoszieren," wie Bismarck sich ausdrückte, und die gewünschte Kontrolle der im Kanzlerpalais aus- und eingehenden Leute ein Übergriff in die private Sphäre. Aber nachdem die Stellung des Gegners ausgekundschaftet worden war, hätte Bismarck seinem Herrn von dem Gespräch mit dem Zentrumsführer persönlich Mitteilung machen können und müssen; er ließ den 13. und 14. März verstreichen, ohne es zu tun; das ist eine Unterlassungssünde von ihm gewesen. Daß nur Bismarck in dieser Unterredung explodierte, „sich austobte," wie Wilhelm II. Franz Joseph berichtete, ist schwer zu glauben. Die von Lerchenfeld überlieferte Bemerkung Bismarcks, er müsse sich freuen, S. M. so genau über alles unterrichtet zu sehen, was im Hause des Reichskanzlers vorgehe, wäre besser unterblieben, ebenso aber auch die, wie der bayrische Graf am 20. März behauptete, seit vier Wochen ausgeübte polizeiliche Überwachung des Reichskanzlerpalais und aller Personen, die dort ein- und ausgingen.

Nun die Kabinettsordre Friedrich Wilhelms IV.! Kein ruhig Denkender wird ihre sachliche Berechtigung bestreiten; sie ist ja auch nach Bismarcks Entlassung in Kraft geblieben. Sie war notwendig zur Herstellung der Einheit der politischen Leitung. Der für das Funktionieren des gesamten Regierungsapparates verantwortliche Ministerpräsident mußte den amtlichen Verkehr der Minister mit dem Herrscher überwachen und verhüten können, daß von irgendeiner Seite Sabotage versucht wurde; das Gegeneinanderregieren mußte durch die „Ministersperre" möglichst ausgeschaltet, das glatte Zusammenarbeiten nach Kräften gefördert werden. Der ganze selbstsüchtige Absolutismus des Kaisers kam zum elementaren Ausbruch, wenn er sich darüber aufregte, daß die Minister nicht ihm beipflichteten, sondern dem Kanzler[1]), wenn er ärgerlich sagte: „Die Minister sind ja nicht meine Minister, sie sind die Minister des Fürsten Bismarck,"[2]) wenn er diesen in dem Briefe an Franz Joseph geradezu anschwärzte, von „seinen" Ministern gesprochen zu haben, die hinter seinem Rücken dem Monarchen Dinge vor-

---

[1]) Lucius trägt zum 25. Januar 1890 in sein Tagebuch (S. 511) ein: „Verdy erzählt, S. M. sei wütend über die gestrige Sitzung und habe ihm mit der Faust gedroht, weil er ihn im Stich gelassen habe."

[2]) Eppstein S. 47.

trügen, die „er“ nicht billigen könne. Disharmonierten der Kanzler und einer oder mehrere Minister, so hatten sie die Kabinettsfrage zu stellen, und der Kaiser mußte entscheiden, den einen oder den anderen entlassen; war es der Kanzler, so mochten die Minister dann „erleichtert auf sagen“; solange Bismarck im Amte blieb, durfte er zwar nicht von „seinen“ Ministern sprechen, aber verlangen, daß sie nicht hinten herum mit dem Monarchen gegen ihn konspirierten. Des Kaisers übergroße Betriebsamkeit und „Impressionabilität“[1]) war ohne Frage vom Übel; selbst der immer gerecht abwägende Graf Lerchenfeld legte in seinen Berichten nach München den Finger mehr als einmal auf die Gebrechen des allzu persönlichen Allerhöchsten Regiments, dieser gefährlichen Neigung, alle Schranken der Ressorts zu überspringen, nach eigenen Heften Politik zu machen, sich überall Rat zu holen und dabei den Reichskanzler und andere berufene Ratgeber in einem Grade zu umgehen, wie er in einem modernen Staate wohl noch nicht erlebt worden sei, nach Belieben irgend einen Geheimen Rat aus einem Amt rufen zu lassen und ohne Wissen seines Chefs die wichtigsten Dinge mit ihm zu besprechen und ihm Aufträge zu geben, selbst fremde Diplomaten dabei nicht auszuschließen; Caprivi, meinte Graf Lerchenfeld am 23. März, werde Wilhelm II. vor allem den Glauben nehmen müssen, daß er als Kaiser auch sein eigener Reichskanzler sein könne[2]). Die ganze Regierungsmaschine drohte darüber ins Stocken zu geraten, zumal da die Tageseinteilung des viel zu viel unternehmenden Herrschers den Dienst wesentlich erschwerte; Bismarck durfte, ja mußte sich dem entgegenstemmen, wenigstens im Kreise der obersten Zentralbehörden, durfte, mußte warnen vor dem unbedachten Sichvordrängen, in den Vordergrund stellen der eigenen Persönlichkeit, das die Kritik immer häufiger und immer schärfer herausforderte. Es ist auch zu verstehen, daß Bismarck die unverantwortlichen Berater Sr. M. höchst unerwünscht waren, aber in seinen Abwehrmaßregeln gegen sie hat er sich dann doch öfters

---

[1]) Ein vom Grafen Lerchenfeld gebrauchtes Wort (Süddeutsche Monatshefte, Dezember 1921 S. 174).

[2]) Wie mir ein Sohn des verstorbenen Generaloberſten Freiherrn v. Bissing mitteilte, hat Bismarck zum Prinzen Wilhelm gesagt: „Eure Kaiserliche Hoheit müssen einmal Ihr eigener Reichskanzler werden.“ Dies Wort habe tiefen Eindruck auf den jungen Herrn gemacht.

vergriffen und gar zu brüsk seine Stellung zu wahren gesucht[1]), vor allem nach dem 24. Januar in seinem scharfen Kampf gegen Minister v. Boetticher, und Bismarcks Ausspruch, der Kaiser hätte lieber nicht den Maler v. Heyden, sondern den alten Bergarbeiter, der ihm Modell stand, zum Mitglied des Staatsrats ernennen sollen, oder der andere, Hinzpeter könne ja an seiner Stelle Reichskanzler werden, haben wohl nur als Dokumente seines grimmigen Humors einigen Wert. Wenn Bismarck unverantwortliche Ratgeber vom Kaiser überhaupt fernhalten wollte und im Ärger einmal sagte: „Schließlich fragt er noch einen beliebigen Husarenoffizier, wie er die soziale Frage lösen soll, und will mir dann dessen Meinung aufzwingen," so ging da das Temperament mit dem Titanen wiederum durch. Verstand der Offizier etwas von solchen Dingen, — warum sollte sich dann der Kaiser nicht gelegentlich auch mit ihm darüber unterhalten und Nutzen aus seinen und anderen Anregungen ziehen? Sie müssen, woher sie auch kommen, wenn sie auf Sachkenntnis beruhen, den führenden Männern im Staate stets willkommen sein. Nur muß ihre gewissenhafte Prüfung in den zuständigen Ressorts gewährleistet und der ordnungsgemäße Geschäftsgang dabei innegehalten werden.

Den Strom einzudämmen, hatte Bismarck das Recht und die Pflicht; die an Allerhöchster Stelle sich sammelnden, ein- und abfließenden Ideen ganz unterdrücken, ersticken konnte und durfte er nicht, — das wird besonders deutlich bei der Betrachtung der sozialen Frage. Spätestens seit dem Ende des Jahres 1887, seit der Waldersee-Stöcker-Versammlung wußte Bismarck, daß der künftige Träger der Krone viel übrig hatte für Arbeiterfürsorge, daß er sich Großes davon versprach, daß er glaubte, die unteren Klassen dadurch für die Monarchie zu gewinnen, die Sozialdemokratie totreformieren zu können; im Mai 1889 erlebte es Bismarck, daß Wilhelm II. den westfälischen Oberpräsidenten v. Hagemeister telegraphisch ersuchte, die Leiter der Aktiengesellschaften auf das Energischste zu sofortiger Erhöhung der Löhne zu zwingen, widrigenfalls die Truppen aus dem Streikgebiet zurückgezogen würden[2]), und daß er im Herbst dieses Jahres abermals eigenmächtig die Oberpräsidenten vom Rheinland und Westfalen anwies, die Arbeit-

---

[1]) Lerchenfeld schreibt am 28. Februar 1890 über Bismarck: „Er reißt mehr wie je alles an sich."

[2]) Historische Zeitschrift 123. Band S. 287 Anmerkung 1.

geber zu einer nachgiebigen Haltung den Streikenden gegenüber aufzufordern[1]); das darauf von Bismarck an einen der beiden Oberpräsidenten abgeschickte Telegramm, königliche Behörden seien nicht befugt, Allerhöchste Befehle ohne Gegenzeichnung des Ressortministers zu vollziehen, war gewiß aus diesem formalen Grunde berechtigt, ob auch aus sachlichem, muß doch wohl dahingestellt bleiben. Mit seinem Streben, selbstsüchtigen Unternehmern scharf auf die Finger zu sehen, befand sich der junge Kaiser gewiß ebensowenig auf dem Holzwege wie mit dem Wunsche nach weiterem Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung; die Sonntags-, die Kinder-, die Frauenarbeit konnte und mußte weiter eingeschränkt werden; daß Wilhelm II. am Tage des Leichenbegängnisses der Kaiserin Augusta König Albert von Sachsen warm ans Herz legte, demnächst einen solchen Gesetzentwurf beim Bundesrat einzubringen[2]), durfte ihm kein wahrer Menschenfreund verdenken. Nur übertrieb er von vornherein in der sittlichen Verurteilung aller Unternehmer und in der Parteinahme für die wirtschaftlich Schwächeren; ob er z. B. klug handelte, als er ohne vorherige Rücksprache mit den angesehensten Unternehmern in einem der beiden Erlasse vom 4. Februar 1890 gesetzliche Bestimmungen über Arbeitervertretung in Aussicht stellte, ist mir zweifelhaft; Krupp und Stumm erklärten ihm nach Lerchenfeld daraufhin freimütig, daß, wenn derartige Organisationen von Regierungswegen ins Leben gerufen werden sollten, sie entschlossen seien, aus ihren Werken Aktiengesellschaften zu bilden und sich persönlich zurückzuziehen[3]). Der Kaiser war, so möchte ich sagen, wie er ja selbst zugestand, noch im Dezember 1888 ein Neuling auf diesem Gebiete, zu stark befangen im Banne der Theorie, zu sehr Idealist und Optimist, zu wenig Kenner der Volksseele, der mächtigsten Triebe und letzten Ziele und Gedanken der breiten Massen; er lebte zu sehr in einer Welt der Phantasie, der Hoffnungen, des Glaubens an die unwiderstehliche Durchschlagskraft des sittlich Guten; er überschaute zu wenig die politische Tragweite seiner edelgedachten Proklamationen oder wollte sie einfach übersehen[4]). Bismarcks Blick ging weiter; er kannte die Menschen besser, wußte, daß Unerfüllbares erstrebt, wer glaubt,

---

[1]) Süddeutsche Monatshefte Dezember 1921 S. 139.
[2]) Ebenda S. 140.
[3]) Ebenda S. 148.
[4]) So auch Bismarck im III. Bande der Gedanken u. Erinnerungen S. 131.

jemals alle zufriedenstellen zu können, und daß ein solcher Utopist auf dem Throne dem Staate gefährlich werden kann, — mußte er die kaiserliche Regierung auf dem Wege zur Selbstbeschädigung nicht aufzuhalten suchen? Mußte er Wilhelm II. nicht dringend warnen vor dem Nachlaufen hinter unversöhnlichen Gegnern? Daß ein großer Teil der Sozialdemokraten dazu gehörte, ist gewiß; „jeder Sozialist muß Republikaner sein," antwortete Ledebour am 6. Juni 1916 im Reichstage Bethmann Hollweg, als dieser die Roten bat, das republikanische Dogma nun endlich zum alten Eisen zu werfen, und auch ein für Deutschland siegreicher Ausgang des Weltkrieges würde uns schwere innere Wirren vielleicht nicht erspart haben; Gustav Schmollers und anderer Hoffnung, die überzeugten Anhänger von Marx, Bebel und Liebknecht mit der konstitutionellen Monarchie innerlich aussöhnen zu können, war eine Illusion. Bismarck schätzte sie richtig ein, wenn er die Popularitätshascherei des Kaisers verurteilte; er handelte gewiß auch klug, daß er bis zu den Wahlen im Februar 1890 von Konzessionen abriet, die gar zu leicht als Furcht und Schwäche der Regierung ausgelegt werden konnten und das Selbstgefühl der Roten außerordentlich steigern mußten; es wäre kein Unglück gewesen, wenn Bismarck die bereits ins Reine geschriebenen Erlasse des 4. Februar hätte ins Feuer werfen oder wenigstens noch wenige Wochen im Pult liegen lassen können. Aber nach den Wahlen mußte etwas für die Arbeiter geschehen; die Arbeiterschutzgesetze als Zwangsgesetze verspotten und lächerlich machen, ging auf die Dauer nicht an. Das Sozialistengesetz wurde besser nicht wieder eingebracht, sondern ersetzt durch gemeinrechtliche Bestimmungen für das Presse-, Versammlungs-, Vereinswesen; so konnten wohl noch die nicht ganz Unversöhnlichen von den Radikalen allmählich getrennt und hinübergeführt werden auf den Boden der bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse. Bismarck ist auch nicht starr abweisend, ethisch berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht unzugänglich gewesen, — Hans Rothfels weist darauf hin, daß er zum mindesten noch 1889 seine repressive Politik ergänzen wollte durch positive Reformen —, aber allzusehr am Herzen lagen diese dem Kanzler zuletzt doch nicht mehr; er war alt geworden, zu sehr verwachsen mit seinem Werk, zu lange schon gewohnt, in den Sozialdemokraten Feinde des Reichs zu sehen, die bekämpft werden müßten mit allen erlaubten Mitteln. Der Staatsmann in ihm erstickte den sozialen Reformer,

— das gab dem Kaiser ein gewisses Recht, sich für seine dem Wohle des Ganzen dienenden oder dienen sollenden Pläne einzusetzen mit aller Energie eines jugendlichen Schwärmers, Schäden abzustellen, soweit es ging, sich zu sträuben gegen ein neues, verschärftes Sozialistengesetz; letzteres hätte die Gegner der Monarchie nur noch fester zusammengeschweißt, die Grundlagen, auf denen sie ruhte, schwerlich verstärkt. Daß diese unter einem konsequenteren, seinen schweren Aufgaben besser gewachsenen Vertreter des sozialen Kaisertums als Wilhelm II. war, länger Bestand gehabt haben würde, läßt sich natürlich nicht beweisen; Bismarcks Behauptung aber, der Verzicht auf das Sozialistengesetz werde der erste Schritt bergab sein in der Richtung auf eine vorläufig bequeme, aber gefährliche Parlamentsherrschaft, ist durch die Entwicklung der 90er Jahre und des beginnenden 20. Jahrhunderts keineswegs bestätigt worden. Hier hatte Lerchenfeld doch wohl Recht, vom Eigensinn des alternden Kanzlers zu reden und das allgemeine Empfinden, daß ins innere Staatsleben Neues kommen müsse, zu teilen.

Und wie stand es mit unserer Betätigung über die staatlichen Grenzen hinaus? Blieb Bismarck da der schlechthin ideale kraftvolle Führer zu neuen hohen Zielen? Der kontinentale Rahmen, in den er Deutschlands auswärtige Politik einst mit vollem Recht eingespannt hatte, war durch unsere wirtschaftliche Entwicklung in den 80er Jahren gesprengt worden; Weltpolitik wurde auch für uns mehr und mehr Notwendigkeit, unabwendbares Schicksal. Nur zögernd, tastend gleichsam beschritt Bismarck die neuen Bahnen; er ahnte: das könne, ja müsse weitere Reibungsflächen schaffen, zu Konflikten führen mit denen, die als unsere Helfershelfer auf dem Kontinent eine wichtige Rolle spielen sollten, mit den Engländern; Furcht davor, vor „britischen Nasenstübern" hatte er gewiß nicht; er billigte das Streben des deutschen Kaufmanns hinaus in die Weite, freute sich über den gesunden Unternehmungsgeist, wagte in der Mitte der 80er Jahre, von der internationalen Konstellation begünstigt, den Engländern zum Trotz in Afrika und im Stillen Ozean die schwarzweißrote Flagge zu hissen; er war nun bereit, die Hand schützend über die Pioniere deutscher Kultur zu halten. Aber die Notwendigkeit, dem Dreibund die Assistenz oder wenigstens die wohlwollende Neutralität der Briten bei einem Kriege in Europa zu sichern, stimmte ihn wieder bedenklich, machte ihn Ende der 80er Jahre vorsichtig, zurückhaltend bei der kolonialen Expansion;

Weltpolitik im großen Stile, insbesondere wenn keine nationale Begeisterung dahinterstand, lehnte er ab, und diese Begeisterung von oben her zu entfachen, daran dachte er nicht; „sein Ziel blieb immer Europa, sein Ausgangs- und Endpunkt immer kontinental[1].“ Wilhelm II. war wohl von Anfang an ein kühnerer Draufgänger; schon 1889, als er zur Hochzeit der Schwester nach Athen reiste, hatte er, nicht gerade zur Freude Bismarcks, den Sultan in Konstantinopel besucht; war doch im Oktober 1888 der Deutschen Bank die Konzession für die anatolische Bahn erteilt worden, und 1890 sollte dann ein deutsch-türkischer Handelsvertrag folgen. Aber zu Meinungsverschiedenheiten über diese Fragen ist es, so viel wir wissen, zwischen Kaiser und Kanzler vor seiner Entlassung nicht gekommen; auch Caprivi hat sich dann noch durchaus im kontinentalen Gedankenkreis bewegt, hat ein großes Stück Ostafrikas den Briten für Helgoland preisgegeben, hat erklärt, wir müßten Gott danken, wenn uns nicht jemand ganz Afrika schenke. Auch über die Erneuerung des Rückversicherungsvertrages differierten Wilhelm II. und Bismarck im Februar und März 1890 in ihren Ansichten nicht; wie es kam, daß der Kaiser anderer Meinung wurde, darüber wird der siebente Band der Publikation des Auswärtigen Amtes Näheres bringen; der Treibende, Drängende ist der Monarch nicht gewesen, sondern der Nachgebende, der Geschobene. Über den Wert einer Erneuerung sind die Ansichten heute noch geteilt; ich stehe zu denen, die Caprivis und des Kaisers Entschluß für einen Fehler halten; Alexander III. traf meines Erachtens ins Schwarze, als er auf einem Bericht des Grafen Schuwalow bemerkte[2]: „Ich denke in der Tat, daß für Bismarck unsere Entente eine Art Garantie ist, daß kein schriftliches Abkommen zwischen uns und Frankreich existiert, und das ist sehr wichtig für Deutschland.“ Dem drohenden Bündnis der russischen Panslawisten und der französischen Revancheschreier mit leidlicher Aussicht auf Erfolg entgegenarbeiten konnte die deutsche Politik nur, wenn sie sich dauernd gut stand mit dem Zaren; Wilhelm ist sich dessen auch bald bewußt geworden und hat nach der Thronbesteigung Nikolaus' II. den zwischen Petersburg und Berlin gerissenen Draht wiederherzustellen gesucht. Die endgültige Ablehnung des russischen Angebots war — ich wiederhole — nach meinem Dafürhalten eine Torheit; Deutschland büßte sie mit einer

[1]) Erich Marcks Otto von Bismarck. Ein Lebensbild S. 203.

[2]) Grenzboten April 1921 S. 96.

Annäherung seiner Nachbarn im Osten und Westen und mit dem Abschluß einer russisch-französischen Militärkonvention; die Entente von 1914 begann nun sich zu bilden. Caprivi mochte mit gutem Grunde zu Schuwalow sagen, sein Vorgänger habe mit mehreren Kugeln auf einmal spielen können, er schätze sich glücklich, wenn es ihm nur mit zweien glücke[1]), — aber sein Vaterland beglückte er dadurch nicht. Fühlte er sich den diplomatischen Aufgaben und Pflichten des Reichskanzleramtes nicht gewachsen, so durfte er es auch nicht übernehmen, durfte nicht in strammer Haltung zu seinem Obersten Kriegsherrn, der ihm den verantwortungsvollsten Posten im Staate anbot, gehorsam sagen: „Wie Eure Majestät befehlen!" Wilhelm II. selbst aber entwickelte sich nicht zu einem ausreichenden Ersatz für den scheidenden Kanzler; der treueste Alliierte der Habsburger blieb auch in der auswärtigen Politik ein Dilettant, ein Mann der Gefühle, der Stimmungen, der wechselnden Launen, unfähig, mit kühler Besonnenheit zu prüfen und mit ruhiger Geduld abzuwarten. Bismarck hat sehr richtig gesehen, als er den dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen" mit den Worten schloß: „Die Aufgabe der Politik liegt in der möglichst richtigen Voraussicht dessen, was andere Leute unter gegebenen Umständen tun werden. Die Befähigung zu dieser Voraussicht wird selten in dem Maße angeboren sein, daß sie nicht, um wirksam zu werden, eines gewissen Maßes von geschäftlicher Erfahrung und Personalkenntnis bedürfte, und ich kann mich beunruhigender Eindrücke nicht erwehren, wenn ich bedenke, in welchem Umfange diese Eigenschaften in unseren leitenden Kreisen verloren gegangen sind. Jedenfalls sind sie augenblicklich in Wien reichlicher vorhanden als bei uns, und ist deshalb die Befürchtung gerechtfertigt, daß die Interessen Österreichs bei Vertragsabschlüssen mit mehr Erfolg wahrgenommen werden als die unserigen." Im neuen, im 20. Jahrhundert ist das erst recht Wahrheit geworden; in den Weltkrieg stolperten, glitten die Deutschen hinein als die am Leitseil Geführten und blieben zuletzt, Wilhelm II. mit einbegriffen, in der Schlinge hängen.

Mag man, die strittigen Fragen überblickend, im einzelnen schwanken, wer mehr im Recht war, der Kaiser oder der Kanzler, — eins ist doch gewiß: der persönliche Gegensatz war der Keil

[1]) Grenzboten April 1921 S. 98.

der die beiden Männer auseinander sprengte. Der Kaiser wollte Ellbogenfreiheit als Regent, und deshalb mußte Bismarck fallen. „Das Persönliche hat möglicherweise überhaupt den Ausgangspunkt, sicher den Endpunkt der Reihe gebildet." (Erich Marcks.) Von Wilhelm II. war das mehr als jugendlicher Übermut, einen Kapitalhirsch wie Otto von Bismarck zur Strecke zu bringen mehr als ein Jagdfrevel; es war ein unverantwortlicher Leichtsinn, in dem Augenblick, da man vor der Alternative stand, ob man den Russen die kalte Schulter zeigen oder in die von ihnen dargebotene Hand einschlagen sollte, fast ein strafbares Verbrechen. Ein Staat, der seine Männer und Frauen nicht nach ihrer Begabung und Tüchtigkeit in seinen Dienst stellt und solange wie möglich darin behält und dafür belohnt, schädigt sich selbst und kann sein eigener Totengräber werden. Was für Dienste hatte Bismarck dem preußischen Staate und dem deutschen Reiche geleistet und konnte er noch leisten! Er war noch nicht am Ende seiner Kraft.

Kaiser Wilhelm ist sich der Tragweite seiner Handlungen in den kritischen Märztagen des Jahres 1890 wohl bewußt gewesen; er hat Furcht gehabt vor der Verantwortung und hat, nachdem er es zum Bruche getrieben, immer und immer wieder auf die erschütterte Gesundheit des Kanzlers hingewiesen als die letzte Ursache der Entlassung. Schweninger erklärte, — so schrieb er an Franz Joseph —, der Fürst würde an einem Gehirnschlag sterben, falls keine Änderung eintrete; er, der Kaiser, habe sich, um auch den Schein zu vermeiden, als schicke er ihn fort oder sehne sich nach seinem Abgang, schon bald nach seinem Geburtstag gütlich mit Bismarck geeinigt, daß er nach einiger Zeit aus allen seinen Ämtern scheiden werde. Bismarck habe es sich dann anders überlegt und sei geblieben; nachdem er den Kaiser in die Unmöglichkeit versetzt, mit den Ministern direkt zu verkehren, habe er, Wilhelm II., den Bruch herbeigeführt. „Ich wiederhole" — sagte er am 23. März zum Grafen Hohenthal mit dem Wunsche, König Albert von Sachsen möge hiervon in Kenntnis gesetzt werden — „daß Ich es in seinem Interesse, aber auch im Interesse des Vaterlandes getan habe; denn wenn er im Dienste geblieben wäre, wäre er in wenigen Monaten an den fortgesetzten Reibungen und an der Überlast der Geschäfte ... zugrunde gegangen. Ich will aber den teuren Fürsten dem Vaterlande erhalten, damit Ich auf ihn und seinen bewährten Rat zurückgreifen kann, wenn die äußere Lage, was Gott

verhüten wolle, ernst werden sollte. Mir hat in diesen letzten Tagen immer das Beispiel vom Cid vorgeschwebt, der, trotzdem er schon tot war, in den Reihen der Feinde Furcht und Schrecken hervorrief, als seine Leiche ihnen hoch zu Roß gezeigt wurde. Ich will Mir meinen Cid am Leben erhalten." Daß dies der Wunsch des Kaisers war, wollen wir ihm glauben; Bismarcks erschütterte Gesundheit aber war ein Märchen.

Bismarck ist tot. Sein Geist lebt. Waltet er über Deutschland und hütet es ihn, so wird es nicht zugrunde gehen.

Ein neuer Bismarck wäre ein fast unverdientes Gnadengeschenk von Gott. Er müßte in dieser von unterst zu oberst gekehrten Welt die Dinge ganz anders anfassen als der Gutsherr von Schönhausen, Varzin und Friedrichsruh, und wir brauchten es auch nicht zu bedauern, wenn er etwas weniger Ecken und Kanten hätte. Aber unentbehrlich wäre ihm wie dem einstigen Bewohner des schlichten Palais in der Wilhelmstraße der klare Kopf, das scharfe Auge, die ruhige Hand des echten Realpolitikers und das warme Herz des feurigen Patrioten; neben dem Ehrgeiz müßte Vaterlandsliebe wie ein heiliges Feuer in ihm glühen. Am 20. Dezember 1886 schrieb der deutsche Botschafter in Paris, Graf Münster, über die französische Armee (A. A. Nr. 1240): „Das Vertrauen zu ihr im Volke ist gering, und in ihr herrscht nach allem, was ich sehe und höre, kein kriegerischer Geist. Die allgemeine Dienstpflicht hat hier ganz anders gewirkt als in Deutschland. Der jetzige Franzose hat kein Vaterlandsgefühl in höherem Sinne, kein Pflichtgefühl wie der Deutsche." Bismarck war anderer Meinung; er setzte hinter „Vaterlandsgefühl" ein Ausrufungszeichen und fügte hinzu: „Wollte Gott, alle Deutschen hätten den französischen Durchschnitt davon!" Hatte er damit nicht Recht, wie mit so vielem?

Hoffen wir, daß zu der Bismarck-Renaissance, von der man jüngst gesprochen hat, eine Renaissance im Sinne Bismarcks komme, eine Wiedergeburt des vaterländischen Geistes! Mögen der Einsichtigen und der Willensstarken immer mehr werden, die sein heiliges Feuer hüten!

Von demselben Verfasser erschienen:

Brandenburgische Politik und Kriegführung in den Jahren 1688 und 1689.

Kassel 1896. Verlag von Max Brunnemann.

König August der Starke.

Eine Charakterstudie.

München und Berlin 1902. Verlag von R. Oldenbourg.

Generalfeldmarschall Hans Adam v. Schöning.

Berlin 1910. Verlag von Gebrüder Paetel (Dr. Georg Paetel).

Johann Peter Friedrich Ancillon und Kronprinz Friedrich Wilhelm IV. von Preußen.

(Historische Bibliothek Band 42.)

München und Berlin 1920. Verlag von R. Oldenbourg.

Der preußische Verfassungskampf vor hundert Jahren.

München und Berlin 1921. Verlag von R. Oldenbourg.

August der Starke

im Urteil seiner Zeit und der Nachwelt.

Dresden 1922. Verlag der Buchdruckerei der Wilhelm und Bertha v. Baensch-Stiftung.

Druck von C. Schulze & Co., G. m. b. H., Gräfenhainichen.


BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 22413 9912

Druck von C. Schulze & Co., G. m. b. H., Gräfenhainichen.